

Petition

# **Stoppt die Blockade der Krankenkassen bei der Versorgung schwerstbehinderter Kinder/ Erwachsener**

## **Initiatoren**

**Dr. Carmen Lechleuthner**

**Dr. Thomas Lechleuthner**

## **weitere Unterstützer**

Univ.-Prof. (em.) Dr. med. Rüdiger Krauspe, ehem. Direktor der Klinik für Orthopädie am Universitätsklinikum Düsseldorf

Dr. med. Mona Dressman, Departementleiterin Neuro- und Sozialpädiatrie Potsdam und Sprecherin der AG Hilfsmittel der Bundesarbeitsgemeinschaft SPZ

Christiana Hennemann und Jule Heintorf Vorstände rehaKIND e.V.

Brigitte Bührlen, Vorsitzende "WIR! Stiftung Pflegender Angehöriger"

## Stoppt die Blockade der Krankenkassen bei der Versorgung schwerst behinderter Kinder/ Erwachsener

### Die Versorgung wird konterkariert

- durch systematische Infragestellung ärztlich eingeleiteter Therapien oder Verordnungen durch Krankenkassen. Wir fordern eine Beendigung dieser Praxis.
- durch Verweigerung direkter Kostenübernahme verordneter Hilfsmittel. Wir fordern im Wesentlichen eine direkte Kostenübernahme, gutachterliche Überprüfungen nur in begründeten Einzelfällen. Ausserdem soll die Kostenübernahme von nicht im Hilfsmittelkatalog gelisteter Hilfsmittel in begründeten Fällen ermöglicht werden.
- durch Verweigerung der Kostenübernahme bestimmter fachärztlich verordneter Medikamente. Auch ein ungewöhnlicher Einsatz von Medikamenten (Import, off label use) muss bei Menschen mit Behinderungen und chronischen/ seltenen Erkrankungen problemlos möglich sein. Wir fordern hier eine ausnahmslose direkte Kostenübernahme fachärztlich verordneter Medikamente.
- durch Heranziehen fachfremder Gutachter durch den MD. Wir fordern, dass notwendige Gutachten nur durch einen erfahrenen fachkompetenten Arzt/Ärztin erstellt werden dürfen.
- durch Heranziehen von Gutachten des MDs, die nur nach Aktenlage erstellt werden. Wir fordern, Gutachten nur nach Aktenlage nicht länger zuzulassen.
- durch Verzögerung der Versorgung und der Therapien durch lange Bearbeitungszeiten der Krankenkassen. Wir fordern eine Bearbeitungsfrist für die Entscheidungsträger.
- durch den bestehenden Interessenkonflikt des MDs bei vollständiger Finanzierung durch Kranken- und Pflegekassen. Wir fordern eine Reform mit einer Gewährleistung der Unabhängigkeit und der wirksamen Einbeziehung und deutlichen Gewichtung von Patienteninteressen.

## **Stellungnahme der Petitionsstarter**

Dres. Carmen und Thomas Lechleuthner

Wir haben eine Petition gestartet, um die medizinische Versorgung von Kindern und Erwachsenen mit Behinderung zu verbessern. Es gibt hier einen strukturellen und flächendeckenden Missstand in ganz Deutschland. Familien beklagen extreme bürokratische Hürden, zu lange Bearbeitungszeiten und ständige Ablehnungen der Kostenübernahme fachärztlich verordneter Therapien durch die Krankenkassen.

Es geht um die Versorgung mit Hilfsmitteln, Heilmitteln, Medikamenten, ambulante Pflege, sowie um die Anerkennung des passenden Pflegegrades. Zu unseren Unterstützern zählen tausende Betroffene, deren Angehörige, Ärzte, Therapeuten, ganze Kliniken, große Verbände und Vereine.

Mit über 55.000 Unterzeichnern und mehr als 16.000 Zuschriften können wir diesen Missstand überdeutlich sichtbar machen.

Familien berichten uns beispielsweise, dass sie den passenden Rollstuhl vor Gericht erstreiten müssen, dass Kommunikationshilfsmittel abgelehnt werden, dass Lauflernhilfen für Rollstuhlkinder nicht genehmigt werden, dass blinde Kinder um einen Blindenstock streiten müssen. Selbst Rezepte über lebensnotwendige Medikamente werden infragegestellt, obwohl sie fachärztlich verordnet wurden.

Wir bekommen fast täglich neue Zuschriften oder Anrufe von betroffenen Familien. Ein Badewannenlifter für einen 80kg schweren pflegebedürftigen Jungen wurde abgelehnt. In diesem Fall schildern uns die Eltern, dass sie ihren Sohn über 2 Jahre lang in einem aufblasbaren Planschbecken baden und mit der Gießkanne abduschen mussten. Er wurde zu schwer, um ihn ohne die Bereitstellung einer entsprechenden Vorrichtung in die Badewanne zu heben.

Ein anderer Vater schreibt uns, dessen Tochter genau heute am 19. Mai vor 8 Jahren verstorben ist: „ (...) die seelischen Spuren dieser ständigen

Auseinandersetzungen mit der Krankenkasse über all die Jahre spüre ich noch heute“

Uns trifft das. Diese und viele solcher Schilderungen passen nicht zu einem hochetablierten weltweit führenden Medizinsystem.

Diese Beispiele stehen stellvertretend für viele tausend ähnliche Berichte. Menschen werden zermürbt, Therapien verzögert oder einfach ausgehebelt. Menschen, deren Schicksal uns oft innehalten lässt, wenden sich verzweifelt vom System ab und resignieren. Mit der Konsequenz, dass wichtige Entwicklungsschritte bei Kindern verpasst werden, Chancen verstreichen, das Risiko für zusätzliche Folgeschäden steigt.

Wir selbst sind mit unserem schwerstbehinderten kleinen Sohn Korbinian bei Deutschlands Spezialisten in Behandlung. International respektierte und anerkannte Mediziner erarbeiten mühevoll zusammen mit einem ganzen Team hochkompetenter Mitarbeiter sehr detaillierte und angepasste Behandlungspläne. Wir erleben dann überwiegend eine Verweigerung der Krankenkassen die entstehenden Kosten zu übernehmen. Begründet mit Gutachten des medizinischen Dienstes, ausgestellt von überwiegend fachfremden Ärzten, zum Beispiel Chirurgen, Orthopäden, Transfusionsmediziner oder Allgemeinärzten, in aller Regel anonym und nach Aktenlage. Nur mit sehr viel Energie und Mühe und monatelangem Tauziehen können wir dann die Kostenübernahme der Verordnungen erstreiten.

Menschen mit Behinderung gehören zu uns, sind Teil unserer Gesellschaft, sie sind unsere Kinder, unsere Eltern, unsere Partner oder Geschwister. Und wir alle werden im Lauf des Lebens irgendwann damit konfrontiert werden, dass wir selbst oder ein geliebter Mensch alt und krank wird und mit einer Behinderung klarkommen muss.

Jeder wünscht sich dann, dass an erster Stelle eine menschliche Versorgung steht und erst danach kann und muss natürlich auch über Wirtschaftlichkeit

gesprachen werden. Aber ich frage mich, was ist daran wirtschaftlich, wenn über Monate Sachbearbeiter, Ärzte, MDK Ärzte, Beratungsstellen, Anwälte und Sozialgerichte damit beschäftigt werden, ob ein Rollstuhl genehmigt wird oder nicht.

In Deutschland gibt es sehr viele Menschen, die viel von ihrem eigenen Leben investieren um ihre Angehörigen zu pflegen und zu versorgen. Aber das absolute Minimum, was unser System leisten können muss, ist eine gute und unkomplizierte medizinische Versorgung.

Wir können nicht ständig von Inklusion und Teilhabe sprechen und diesen Menschen gleichzeitig Hilfsmittel verwehren und ihnen damit das Gefühl vermitteln, dass sie uns eigentlich zu teuer sind.

Teilhabe und Inklusion müssen gelebt werden und nicht nur auf dem Papier stehen.

Diese Mitmenschen müssen im Sinne der UN Behindertenrechtskonvention ein gleichberechtigtes, gleichwertiges und gleichwürdiges Leben führen dürfen. Allerdings braucht niemand eine UN Behindertenrechtskonvention, wenn sie nicht umgesetzt wird.

Menschen mit Behinderung brauchen einen zugewandten und wohlwollenden Staat und eine Politik der Menschenwürde und Solidarität für Minderheiten. Deutschland muss das können.

## **Stellungnahme Dr. med. Mona Dressman**

Departmentleiterin Neuro- und Sozialpädiatrie Potsdam und Sprecherin der AG Hilfsmittel der Bundesarbeitsgemeinschaft SPZ

### **Hilfsmittelversorgung von Kindern**

In Deutschland gibt es ca. 160 Sozialpädiatrische Zentren (SPZ), in denen Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in ärztlich geleiteten, multidisziplinären Teams behandelt werden. Nach einer umfassenden Diagnostik auf verschiedenen Ebenen (aktueller Entwicklungsstand, Ursache der Behinderung, körperliche Untersuchung, Ressourcenermittlung des Patienten und seiner Familie) erfolgt eine Handlungsplanung mit dem Ziel, unseren kleinen und großen Patienten die bestmögliche Teilhabe zu gewähren. Grundlage für die Patientenbehandlung im SPZ sind das Biopsychosoziale Modell und die ICF. Hilfsmittel, wie z.B. Rollstühle, Stehständer, Orthesen, Talker stellen einen wesentlichen Baustein in der Behandlung dar und sind für die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft eine Grundvoraussetzung. Hilfsmittelversorgung im Kinder- und Jugendalter ist anspruchsvoll und zeitintensiv und bedarf zahlreicher Fachkenntnisse:

- Erfahrung und Wissen in Bezug auf verschiedenste neurologische und auch seltene Erkrankungen im Kindesalter, deren Verläufe und Prognosen
- Neuropädiatrische, Sozialpädiatrische und Orthopädische Fachkenntnisse
- Langjährige physiotherapeutische, ergotherapeutische, logopädische und heilpädagogische Expertise im Umgang mit neurologisch kranken Kindern und deren Behandlungsmöglichkeiten
- Reha- und Orthopödietechniker mit Spezialisierung im Bereich der Kinderversorgung

Die multisziplinären Teams in den SPZ halten spezielle Hilfsmittelsprechstunden vor, in denen inhaltlich abgestimmt mit Patient und Eltern der Versorgungsprozess gestartet wird. Leider kommt es dann sehr häufig zu Problemen in der Versorgung:

- Hilfsmittel werden erst einmal abgelehnt
- Gutachten nach Aktenlage werden unseren Patienten selten gerecht
- Der gesamte Prozess ist kompliziert, fehleranfällig
- Er führt Eltern an ihre Belastungsgrenzen und vermittelt ihnen, dass sie etwas

fordern, was ihren Kindern nicht zusteht

- Die Kontrolle durch den MDK erscheint unsinnig, insbesondere, wenn von dem o.a. multidisziplinären Team eine Verordnung erfolgte

Zusammenfassend:

Die massive zeitliche Verzögerung des gesamten Hilfsmittelprozesses bei vielen Patienten ist nicht mehr hinnehmbar. Dem Hilfsmittelprozess liegen strukturelle Probleme und eine überbordende Bürokratie zugrunde, die dringlich im Sinne unserer betroffenen Kinder und Jugendlichen geändert werden müssten. Sehr gerne beteiligen sich die SPZ und hier insbesondere die AG Hilfsmittel an der Erarbeitung anderer Gesetzmäßigkeiten, um Kinder und Jugendliche schnell und optimal mit Hilfsmitteln zu versorgen und so Teilhabe und Inklusion zu ermöglichen.

Dortmund, 10.5.2021

## **Familien sind verzweifelt: Hilfsmittelanträge werden zunehmend systematisch abgelehnt – wichtige Entwicklungsschritte können nicht aufgeholt werden**

### **rehaKIND e.V. unterstützt die Petition: „Stoppt die Blockade der Krankenkassen bei der Versorgung schwerstbehinderter Kinder/Erwachsener“**

Die internationale Fördergemeinschaft rehaKIND e.V. macht sich seit über 21 Jahren stark für die Bedürfnisse von behinderten und chronisch kranken Kindern, Jugendlichen und deren Familien. Der Verein mit rund 135 Mitgliedern – das sind Hilfsmittelhersteller, Sanitätshäuser, Kliniken, Verlage, Selbsthilfe-Vereine, Berufsverbände und viele andere Firmen und Einzelpersonen – vertritt engagiert deren Interessen bei der Sicherstellung einer qualifizierten Versorgung mit Hilfsmitteln und Therapien.

Das Ziel ist größtmögliche Selbstbestimmtheit und Lebensqualität für diese kleine Gruppe von Menschen zu erreichen, bei Kostenträgern den Blick auf die Individualität und den Teilhabeanspruch aller Menschen zu lenken.

In letzter Zeit häufen sich die Elternanfragen bei rehaKIND, systematisch werden alle Hilfsmittel- und Therapie-Anträge von den Krankenkassen entweder direkt abgelehnt oder dem Medizinischen Dienst zur Prüfung via Aktenlage und damit zur endlosen Hinauszögerung der Genehmigung weitergegeben. Diese Ablehnungen und das daraus resultierende Widerspruchsprozedere (über)fördern Familien und Versorger; die Eltern, die Kraft haben, legen mehrfach Widerspruch ein. Ohnehin belastete Familien mit zusätzlichen Herausforderungen wie Sprachproblematiken, Migrationshintergrund und anderen Hemmnissen gelangen gar nicht erst zu uns zur Unterstützung. Zudem werden so Entwicklungschancen für das ganze Leben der Kinder und jungen Menschen vertan, mit der Verzögerung einer Versorgung schließen sich Entwicklungs-„Zeitfenster“ und Fähigkeiten und Ressourcen können nicht aufgebaut oder stimuliert werden.

Besonders absurd ist es, dass von Fachärzten und Therapeuten auf individueller Bedarfsermittlung beruhende Hilfsmittel-Verordnungen von „fachfremden“ MdK-Ärzten\*innen, zu denen man gar keinen Zugang hat, abgelehnt oder Verordnungen umgeschrieben werden. Diese Kultur des Misstrauens gegenüber Verordnern\*innen und Leistungserbringer\*innen baut immer mehr bürokratische Hürden auf, die Zeit, die den Patienten\*innen zugewandt werden sollte, wird von Begründungen, Widersprüchen, erneuten Begutachten „aufgefressen“.

Deshalb unterstützen wir diese Petition mit unserem neutralen Netzwerk und unserer Expertise – denn es ist eine moralische Verpflichtung, dieser kleinen Gruppe alle Förderungsmöglichkeiten zukommen zu lassen, um Teilhabe und Miteinander zu ermöglichen.

*Seite 2*

Ein Blick in die Statistik zeigt: Wir sprechen hier nicht von bedauerlichen Einzelfällen. Laut MDK gehen im Jahr ca. 300.000 Hilfsmittel-Anträge in die Prüfung, 100.000 werden abgelehnt.



Bei der Vielzahl an Anträgen mag dies ein kleiner Prozentsatz sein. Es handelt sich dabei aber um 100.000 Angehörige, die in ihrem oft schon sehr belasteten Leben Kraft aufbringen müssen für ein „Gerät“, was sie nicht freiwillig wollen – sondern dringend gebraucht wird. Und um das noch einmal ganz klar herauszustellen: wir sprechen bei diesen Familien um Menschen, die zum Teil bis an die Schmerzgrenze überlastet sind und die Kraft ganz dringend für etwas anderes brauchen: ihre pflegebedürftigen Angehörigen.

Nun stellt sich die Frage, wem durch diese 300.000 Überprüfungen im Jahr tatsächlich ein Vorteil entsteht. Einigen drängt sich nun vielleicht die Wirtschaftlichkeit auf. Schauen wir uns das gemeinsam genauer an: Wir reden bei Hilfsmitteln im Allgemeinen von 3,76% der jährlichen Gesundheitsausgaben der Krankenkassen, wobei nur 0,03% auf Ausgaben für behinderte Kinder zurückzuführen ist.

Unter dem #gemeinsam Chancen sichern für alle Kinder versteht sich rehaKIND als Anlaufstelle für alle Fachfragen rund um Hilfsmittelversorgung und dazu gehörige Therapien, Inklusion, Sozialrecht, Pflege, Selbsthilfe ... Die neue Website [www.rehaKIND.com](http://www.rehaKIND.com) hat eine neutrale Lotsenfunktion für alle Familien und professionell Beteiligten.

Der Verein bietet regelmäßige multidisziplinäre Seminare an, der transdisziplinäre FocusCP-rehaKIND Kongress mit über 1500 Teilnehmern ermöglicht Austausch von Versorgungs-Experten\*innen, Profis aus Medizin und Therapie, Wissenschaftler\*innen und Betroffenen.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben ein Recht auf individuelle, hochwertige Hilfsmittel, die eine aktive Teilhabe am Leben ermöglichen statt zu „behindern“. Die Qualität einer Versorgung darf nicht dem Kostendruck und Wettbewerbsgedanken im Gesundheitswesen geopfert werden! In einem Alltag voller Herausforderungen bietet rehaKIND unkompliziert erste Hilfe für Betroffene, schult das professionelle Umfeld, sensibilisiert die Politik und Kostenträger. rehaKIND erarbeitet mit allen Beteiligten Lösungen und Konzepte für langfristig gute Versorgungsleistungen.

Stellvertretend für den Vorstand der Internationalen Fördergemeinschaft Kinder- und Jugendrehabilitation, rehaKIND e.V.:

Prof. Dr. Rüdiger Krauspe, Düsseldorf  
Jule Heintorf, Berlin  
Christiana Hennemann, Dortmund

## **Hilfsmittel- und Therapieanträge sind keine Bittgesuche für Almosen!**

### **Pressemitteilung der WIR! Stiftung Pflegender Angehöriger zur Übergabe der Petition : "Stoppt die Blockade der Krankenkassen bei der Versorgung schwerst behinderter Kinder/ Erwachsene"**

Wie kann es sein, dass Eltern von Kindern und viele andere Versicherten gemeinsam mit ihren Angehörigen um Hilfsmittel und Therapien kämpfen müssen?  
Warum wird ihnen Misstrauen entgegengebracht und das Gefühl vermittelt, sie würden sich etwas erschleichen wollen, das ihnen nicht zusteht?

Die WIR! Stiftung Pflegender Angehöriger begleitet Angehörige von Menschen mit Unterstützungsbedarf jeden Alters dabei, eine Lobby für ihre Interessen bei der Betreuung und Pflege ihrer Pflegebedürftigen zu bilden und selbst zu sagen, was sie brauchen.  
WIR! unterstützen die Petition der Familie Lechleuthner und ihre darin geäußerten Anliegen.

Hilfsmittel- und Therapieanträge von Kindern müssen individuell am Bedarf des Kindes orientiert behandelt und entschieden werden. Entscheidungen müssen gemeinsam mit den Eltern getroffen werden. Ihre Einschätzung muss einen maßgeblichen Stellenwert erhalten.

Entscheidungen dürfen nicht allein auf der Basis von Gutachten nach Aktenlage getroffen werden. Betroffene Entscheidungen haben einen wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung eines Kindes.

Fachärztlich verordnete Medikamente und Therapien müssen, wie alle anderen ärztlich verordneten Maßnahmen auch, von Krankenkassen und MDK akzeptiert werden. Warum sollten MDK - Beurteilungen eine höhere Kompetenz abbilden als fachärztliche Entscheidungen?

Wie sollen Eltern ihren Kindern mit Behinderungen den bestmöglichen Start ins Leben ermöglichen, wenn ihnen dringend benötigte Hilfsmittel vorenthalten werden?  
Haben Versicherte, haben Eltern und ihre Kinder mit Unterstützungsbedarf keine Rechte?

Gesetzlich zugesicherte Ansprüche, die dann nicht bewilligt werden, sind das Papier nicht wert auf das sie gedruckt sind.

Die bevormundende Praxis von Kassenentscheidungen muss beendet werden.  
Im Mittelpunkt muss das Wohl der Kinder mit Hilfe- und Pflegebedarf stehen.

Das Ziel von Krankenkassen und MDK Entscheidungen muss es sein, Eltern mit der Bereitstellung von bestmöglichen Hilfsmitteln und Therapien dabei zu unterstützen, ihren Kindern ein möglichst eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Wir, die Bürgerinnen und Bürger erwarten von einer Solidargemeinschaft, dass die den schwächsten Gliedern unserer Gesellschaft unterstützend zur Seite steht.

Wir erwarten das als Finanziers unserer Kranken- und Pflegekassen, als Angehörige, die die Pflege und Sorge für unsere Pflegebedürftigen jeden Alters übernehmen und wir erwarten es als Wählerinnen und Wähler.

gez.  
Brigitte Bührlen  
Vorsitzende

München, 12.05.2021

# Unterlassene Hilfeleistung

Schwerbehinderte Kinder haben Anspruch auf Hilfsmittel. In der Praxis aber werden sie ihnen oft von der Krankenkasse verweigert. Eine Mutter wehrt sich nun dagegen

**München** – Schon das erste Gutachten ging ziemlich daneben. Die Fachkraft des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) listete zwar auf, wie als eine Seite Befunde über Korbinian auf, der 18 Monate zuvor, im Januar 2017, als Frühgeburt mit schweren Hirnbeschäden zur Welt gekommen war. Sie stellte fest, dass er „keine Kopf- und Rumpfstabilität entwickelt“ hatte, der Kopf „bei kleinster Lageveränderung nach hinten oder zur Seite“ wegkippe. Dass der Junge eine „diagnostisch zarte Feinhalsigkeit“ habe, dass er nachts oft schreie. Dass ihm „alle Masszellen ein-gegeben“ werden müssten und er die ganze Aufmerksamkeit der Mütter einfordere, er nicht allein liegen bleibe, meist getragener müsse. Dass ihm „eine Eigenbeschäftigung nicht möglich“ sei. Die abschließende Beurteilung des Jungen deckte sich aber nicht mit dieser Beschreibung. Sie lautete: Pflegegrad 3. Laut Gesetz bedeutet das: schwere Beeinträchtigung der Selbständigkeit.

Welche Selbständigkeit? Korbinians Mutter rätselt bis heute, wie die Gutachterin ihren Sohn so einstudieren konnte. Carmen Lechleuthner, von Beruf Anästhesistin in einem Münchner Krankenhaus, lebt mit ihrem Mann, ebenfalls Arzt, und ihren vier Kindern in Pfaffenhofen. Seit Korbinians Geburt hat sie aufgehört zu arbeiten und kümmert sich rund um die Uhr um ihren jüngsten Sohn.

Inzwischen ist Korbinian vier Jahre alt und der Medizinische Dienst hat 40 Gutachten zu seinem Fall erstellt. Aufgrund seiner schweren Behinderung benötigt der Junge einen besonderen Rollstuhl, der seinen ganzen Körper Halt gibt. Beim Autofahren braucht er einen besonderen Sitz, der seinen Kopf hält, sonst kippt der zur

Seite. Kommunizieren kann Korbinian nur über einen speziellen Computer, der über Augensteuerung funktioniert. Er ist gestig voll da und lacht viel. Sprechen kann er jedoch nicht, auch nicht mit Händen und Füßen, weil die entscheidenden Areale in seinem Gehirn defekt sind.

Seine Mutter war mit ihm bei hochspezialisierten Ärzten, sie haben passgenaue Hilfsmittel für ihn ausgewählt. Damit soll der Junge unterstützt werden, wichtige Entwicklungsschritte in seinem Leben zu machen und etwas Selbständigkeit zu erlangen. Die Mutter reichte die Verordnungen stets bei ihrer Krankenkasse ein, die beim MDK jeweils ein Gutachten anforderte. Der MDK lehnte das Hilfsmittel ab. So ging das über Jahre.

Wenn Carmen Lechleuthner über die Gutachten spricht, lacht sie zuweilen bitter: Die vermeintlichen Experten wurdenn fast alle nur anhand der Akten erstellt. Kein MDK-Mitarbeiter machte sich die Mühe, Korbinian und seine Familie persönlich zu besuchen. So kam es etwa vor, dass Gutachter wiederholt schrieben, Korbinian könne aufstehen, allein, ohne Hilfe. Grotesk für alle, die den Jungen kennen.

Bei einigen Gutachten ließ sich nicht herausfinden, wer sie erstellt hatte, sie waren nur mit einem Namen unterschrieben. Manchmal erfuhr die Mutter, dass es sich um Allgemeinmediziner handelte, ohne Ausbildung in Kindermedizin oder gar Neuropädiatrie. Sie lernte andere Familien kennen, die erzählen, ein Augenarzt oder ein Facharzt für Geriatrie, also Altersmedizin, habe ihrem behinderten Kind ein Hilfsmittel verweigert.

Carmen Lechleuthner ist durch Korbinians extremen Beanspruch, in manchen Nächten wacht er 30, 40 Mal auf, wegen epilepti-

scher Anfälle und weil er sich beim Schlafen nicht selbst drehen kann. Tagsüber muss sie immer bei ihm sein, weil er sich leicht verschluckt, was immer auch Erst- und Rettungsdienst bedeutet. Natürlich brauchen auch die drei größeren Kinder ihre Unterstützung. Sie können gut verzichten auf eigenen Papierkrieg mit der Versicherung.

## Oftmals erstellen fachfremde Ärzte die Gutachten – rein nach Aktenlage

Aber weil praktisch alles abgelehnt wird, was sie beantragt, muss sie sich immer wieder mit den Ärzten beraten, die ihren Sohn behandeln. Von einer befremde-

ten Anwaltin holt sie sich Tipps, wie sie ihre Widersprüche am besten formuliert. Selbst ist es mit einem Schreiberin gehen. Im Oktober vergangenen Jahres hatte sie gerade davon und startete eine Petition.

Sie fordert die „direkte Kostenübernahme für verordnete Hilfsmittel“ bei schwerbehinderten Menschen, die Abschaffung von Gutachten nach Aktenlage und eine Reform des MDK. Die Petition läuft noch bis Mittwoch. Bisher haben mehr als 54.000 Menschen unterschrieben: Ärzte, Pflegekräfte, Betroffene und deren Angehörige. Sie haben fast 16.000 Kommentare hinterlassen, Fallschuldungen zeigen, wie sehr Betroffene und Angehörige in ganz Deutschland unter den Umständen leiden, die Carmen Lechleuthner beschreibt.



Seit Jahren muss Familie Lechleuthner – Emma, Mutter Carmen mit Korbinian, Väter Thomas mit Annette und Thomas (von links) – um jedes Hilfsmittel mit der Krankenkasse kämpfen.

Foto: QUINN LEPPERT

Die Aktion hat einiges an Wirbel erzeugt. Das Fernsehen war mehrmals zu Besuch bei den Lechleuthners, mehrere Politiker wurden auf den Fall aufmerksam. Manfred Todenhausen, FDP-Abgeordneter im Bundestag, bestätigte der Mutter, die von ihr geschickte Praxis entspräche „jeder der Realität und passt in die Landschaft einer grundsätzlichen Ablehnung der Kasernen und des Wartens auf Widerspruch durch die Patienten“, Corinna Rüffer von den Grünen schimpfte, was mit Kindern wie Korbinian passiere, sei rechtswidrig und verstoße nicht zuletzt gegen die UN-Behindertenkonvention.

Auch aus Einrichtungen, die schwerbehinderte Kinder behandeln, hagelt es Kritik. Mona Dreesmann, Kinderneurologin und Leiterin des Sozialpädagogischen Zentrums Potsdam, sagt, sie sei oft tief beeindruckt, was die Eltern dieser Kinder leisten. Sozialrecht und Krankenversicherung

## Irgendwann reichte es Carmen Lechleuthner. Sie startete eine Petition

solllen sie eigentlich so gut wie möglich unterstützen. Stattdessen erhielten sie „reihenweise Nichtbewilligungen und Ablehnungen – man schämt sich“, Barbara Schachtschneider vom Amblotanten Kinderspital München erinnert daran, dass es „um Kinder mit lebensbedrohlichen oder lebensverkurzenden Erkrankungen“ gehe. Sie habe schon erlebt, dass Hilfsmittel erst genehmigt wurden, als die Kinder bereits verstorben waren.

Eine Sprecherin des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) argumentiert, dass die Kassen allen Beitrags-

zahlern verpflichtet seien und deshalb auf Wirtschaftlichkeit achten müssten. Vieles, was Versicherte beantragten, werde erstattet. Die Zahlungen der Kassen für Hilfsmittel seien seit 2008 von 5,7 Milliarden auf 9,25 Milliarden Euro im vergangenen Jahr gestiegen. Das Bundesgesundheitsministerium ergänzt, derzeit würden jährlich etwa 19 Millionen Hilfsmittel in Deutschland verordnet. Bei 300.000 Fällen hätten Kassen eine Stellungnahme des MDK angefordert. Nur in einem Drittel davon seien die medizinischen Voraussetzungen für das Hilfsmittel nach Ansicht des Medizinischen Dienstes nicht erfüllt gewesen.

Das sind allerdings jährlich 100.000 Fälle. Und eine Studie des Kindernetzwerks, das Familien mit Kindern vertritt, die an seltenen Krankheiten und Behinderungen leiden, ergab, dass mehr als ein Drittel der Angehörigen „aufgrund der komplizierten Antragsverfahren“ überhaupt keinen Kontakt zu Ämtern und Versicherungen aufnehmen. Barbara Schachtschneider vom Kinderspital München sagt: „Vielem Eltern fehlt einfach die Kraft dafür.“

Deshalb empfiehlt es fast alle Beteiligten als Segen, dass Carmen Lechleuthner die Missstände öffentlich macht. Im Mittwoch wird sie mit ihrem Mann und den vier Kindern nach Berlin reisen, begleitet von einigen Unterstützern. Sie haben einen Bus gemietet. Im Gepäck sind einige Rollstühle, die sie ins Paul-Labbe-Haus des Bundesstags schieden wollen, mit der Petition und dem mehr als 54.000 Unterschriften darauf, um sie den Politikern des Petitionsausschusses zu übergeben. Anders als sonst hat die Familie für diesen Tag eine Pflegekraft gemietet, die sich um Korbinian kümmert – damit die Mutter für ihn kämpfen kann.

RAINER STADLER





Alle für einen: Carmen und Thomas Lechleuthner mit ihren Kindern Korbinian, Xaver, Annelie (oben links) und Emma. Die Familie lebt in Pfaffenhofen an der Ilm

K

Klein ist Korbinians Welt. Wenn er im Kindergarten auf dem Sofa liegt, dann müht sich der zarte Junge mit den blonden Strubbelhaaren minutenlang, seinen Kopf zu heben, erzählt seine Mutter. Er wolle die anderen Kinder sehen, die bunten Spielsachen, aus dem Fenster gucken. Aber schon ein paar Zentimeter kosten ihn alle Kraft. Seine Muskeln sind anders als bei anderen Kindern, viel weicher, sein Kopf ist zu schwer für seinen Hals. Wenn er es mal schafft, ihn etwas zu heben und all das Leben direkt vor Augen hat, dann lacht er sein ganz besonderes Lachen: breit, glucksend, aus vollem Herzen. Wer das sieht und hört, bekommt sofort gute Laune, auch im Videochat.

VON NIKE HEINEN

Es ist die gute Seite der Geschichte: Wie mühsam sein Leben auch ist, Korbinian ist ein Sonnenschein. Die schwere Seite hat seine Mutter Carmen Lechleuthner in Aktenordnern in ihrem Haus im bayerischen Pfaffenhofen zusammengetragen. Belege für den alltäglichen Kampf, den sie führen muss, damit es ihrem Kind gut und irgendwann noch besser geht. Ihr jüngster Sohn ist erst dreieinhalb Jahre alt, fast genauso lange ist klar, dass früh in seinem Leben etwas in seinem Gehirn kaputtgegangen ist. „Wir sind mit ihm bei Spezialisten, sie beobachten ihn lange, versuchen, was ihm helfen könnte“, sagt Lechleuthner. „Aber wenn die Ärzte das dann verordnen, dann wird es von der Kasse oft erst mal nicht übernommen.“

Statt der Kostenübernahme liege dann stets ein Gutachten im Briefkasten, vom Medizinischen Dienst, den die Kasse beauftragt hat. In der Regel eine Ablehnung. Was Lechleuthner, die Ärztin in der Münchner Universitätskinderklinik ist, daran besonders ärgert: Anders als Korbinians Behandler sind die Gutachter meistens nicht vom Fach. Mal hatte ein Gynäkologe, mal ein Allgemeinmediziner eine andere Meinung als Korbinians Neuropädiater.

Aktuell strittig ist unter anderem ein spezieller Stuhl, in dem Korbinians feingliedriger Körper im Kindergarten so gestützt wird, dass er aufrecht sitzen und alles sehen kann. „In der Position hat er Kraft, um auch mal nach etwas zu greifen, man merkt dann richtig, wie er sich innerlich entspannt“, sagt Lechleuthner. Den Stuhl wollte die Krankenkasse nach einigem Hin und Her zwar übernehmen, aber nur einen mit kleinen Rädern. Die größeren Räder, mit denen er auch nach draußen in den gepflasterten Hof des Kindergartens geschoben werden könnte, sollte der Bezirk Oberbayern übernehmen, weil er für Teilhabe zuständig ist. Der Bezirk wiederum findet, dass die Krankenkas-

se, wenn sie schon einen Therapiestuhl bezahlt, einen kaufen soll, der auch im normalen Leben funktioniert. Papierkrieg, wieder einmal.

Als vor fünf Wochen erneut ein Brief mit einem Nein kam, reichte es ihr. Auf der Website openpetition.de startete sie eine Petition. Titel: „Stoppt die Blockade der Krankenkassen bei der Versorgung schwerst behinderter Kinder/Erwachsener“. Sie traf einen Nerv. „Eigentlich wollte ich nur 5000 Unterschriften zusammenbekommen, einfach als moralische Unterstützung gegenüber den Kostenträgern“, sagt sie. Dann hatten plötzlich 10.000 Menschen unterschrieben, täglich werden es Hunderte mehr. In den Kommentaren ist zu lesen, dass die Lechleuthners nicht die Einzigen sind, die um ärztlich verordnete und dringend benötigte Rollstühle, Medikamente oder Pflegestunden ständig streiten müssen.

Ein Kind, das nicht mehr gehen konnte, ohne umzufallen, bekam offenbar den verordneten Rollator erst nach ei-

Eltern müssen oft lange kämpfen, bis sie dringend benötigte Hilfsmittel für ihre behinderten Kinder von den Krankenkassen bewilligt bekommen. Eine Familie aus Bayern wehrt sich nun gegen das System

nem Jahr Gutachten und Gegengutachten. Ein Mädchen ohne Arme musste vier Jahre auf eine Prothese warten. In fast jedem Post erzählen Eltern, wie hilflos sie sich fühlen. Dass sie keine Kraft mehr zum Kämpfen haben. Manche der Kinder, um die es geht, sind inzwischen tot. Eine Mutter schreibt: „Jede Zeit mit einem besonderen Menschen ist kostbar. Ich verschwende Zeit mit meinem Kind, indem ich Widerspruch über Widerspruch schreiben muss. Wenn ich etwas nicht brauchen würde, würde ich es nicht beantragen.“

Auf die Eltern wirkt es oft, als ob über die Gutachten Kosten eingespart werden sollen. Hilfsmittel wie spezielle Rollstühle sind sehr teuer.

Doch wie oft werden Hilfsmittelverordnungen begutachtet – und abgelehnt? Der GKV-Spitzenverband, Vertreter der Kranken- und Pflegekassen, sieht sich außerstande, bis Redaktionsschluss dieser Zeitung zu antworten. Er verweist

an die Bundesverbände der einzelnen Kassen. Die AOK antwortet nicht. Der Verband der BKK fühlt sich nicht zuständig. Man möge bitte die einzelnen Kassen anschreiben. Es gibt in Deutschland 54 Betriebskrankenkassen. Papierkrieg eben. Was kann der Medizinische Dienst (MD) sagen? Eine Sprecherin gibt am Telefon Antworten, will dann aber nicht damit zitiert werden. Alle Fragen sollen noch einmal gestellt werden, schriftlich. Viele der Antworten, die sie dann mailt, unterscheiden sich von denen, die sie zuvor am Telefon gegeben hat. Der Dienst ist seit Januar durch eine Gesetzesänderung zur Unabhängigkeit verpflichtet, vorher hieß er Medizinischer Dienst der Krankenkassen.

Die Sprecherin schickt Zahlen, demnach haben die Krankenkassen im Jahr 2019 insgesamt 299.843 Hilfsmittelgutachten verlangt – 17 Prozent weniger als 2015. Der Anteil der befürworteten Hilfsmittel nahm währenddessen kontinuierlich ab, von 44,7 Prozent auf 33,8

Prozent. Unklar bleibt, wie viele der Gutachten behinderte Menschen betrafen. Das werde nicht gesondert erfasst. Begründung: Datenschutz.

Es erscheint aber plausibel, dass gerade sie geprüft werden. Sie sind von komplexen, individuellen Krankheiten betroffen, die Therapien maßgeschneidert. Die Sprecherin schreibt: Eine Begutachtung erfolge, „wenn ein individuell ausgesuchtes Hilfsmittel nicht im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung enthalten ist“. Zur Frage, warum es nicht reicht, dass ein Spezialist ein Rezept ausstellt, warum Hilfsmittel im MD oft von fachfremden Ärzten überprüft werden, teilt sie mit: „Hilfsmittelversorgung ist nicht ausschließlich einer bestimmten Fachrichtung zuzurechnen.“

M ich ärgert eigentlich am meisten, dass sich bisher noch niemand dieser Gutachter unser Kind angesehen hat“, sagt Carmen Lechleuthner. „Sie entscheiden nach Aktenlage. Aber das Erste, was man als Arzt lernt, das ist doch: sich nicht auf die Akten verlassen, die Patienten selbst untersuchen.“ Nach offizieller Darstellung können die Gutachter selbst entscheiden, einen Fall vor Ort zu begutachten. Aber haben sie die Zeit? Der MD beschäftigt 2500 Ärzte – für allein bei den gesetzlich Versicherten sechs Millionen Begutachtungen im Jahr.

Falls die Petition der Familie Lechleuthner bis Ende Januar 50.000 Unterschriften bekommt, legen die Website-Betreiber sie dem Bundestag vor. „Ich hoffe, dass die Initiative Anlass wird, das alles endlich besser zu regeln“, sagt Corinna Ruffer, behindertenpolitische Sprecherin der Grünen. Sie kenne das Problem, von Betroffenen, aber auch von einer Umfrage, die sie Ende 2018 startete. „Innerhalb von wenigen Tagen bekamen wir Tausende Rückmeldungen. Es ist überfällig, dass Verordnungen für die Kostenübernahme neu gefasst werden. Die betroffenen Familien müssen einfach Zugang zu den Leistungen haben, die ihnen zustehen.“ Auch Jürgen Dusel, Behindertenbeauftragter der Bundesregierung, kennt und unterstützt die Petition. „Es darf nicht sein, dass wertvolle Familienzeit für Anträge, Widersprüche und anderweitige Bürokratie genutzt werden muss“, sagt er. Es werde höchste Zeit, dass Familien nicht mehr wegen Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen Behörden hin und her geschoben werden. „Die benötigten Hilfen müssen bedarfsgerecht und zeitnah gewährt werden.“ Dusel schwebt eine große Reform vor, die Zuständigkeit für Rollstühle oder Pflegebetten solle weg von den Kassen und unter das Dach der Kinder- und Jugendhilfe. „Der entsprechende Gesetzesentwurf aus dem Bundesfamilienministerium wird hoffentlich bald verabschiedet.“

Bei Familie Lechleuthner klingelte kurz nach dem ersten Bericht über ihre Petition das Telefon. Eine Gutachterin war am Apparat. Zum ersten Mal meldete sich der MD für ein persönliches Gespräch. Die Gutachterin war als Kinderärztin sogar vom Fach. Und es könnte tatsächlich sein, dass Korbinian zu Weihnachten ein besonderes Geschenk bekommt: den Stuhl, mit dem er im Kindergarten auch nach draußen könnte. Vielleicht könnte ihn jemand zu einem ersten Wettrennen anschieben, wenn die anderen Kinder die Laufräder auspacken.

## Der Groschen der Versuchung

Nach dem Markus-Evangelium wurde Jesus mit einer Silbermünze eine Falle gestellt. Ein Historiker sieht einen Zusammenhang mit dem großen jüdischen Aufstand

Das Geld im Neuen Testament eine wichtige Rolle spielt, macht schon die Weihnachtsgeschichte deutlich. Denn die Volkszählung des Kaisers Augustus, die Maria und Joseph nach Bethlehem bringt, dient ja vor allem der Steuerschätzung Judäas, das zur römischen Provinz geworden war.

Auch eine andere Episode hat mit Steuern zu tun. So berichtet der Evangelist Markus, kurz vor seiner Verhaftung auf dem Pessach-Fest in Jerusalem seien einige Pharisäer zu Jesus gekommen, hätten ihm einen Silbergroschen hingehalten und gefragt: „Ist es recht, dass man dem Kaiser Steuern zahlt oder nicht?“ Jesus soll mit dem berühmten Satz geantwortet haben: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“



Der Denar war die Standardmünze im Römischen Reich

PICTURE ALLIANCE/AGK-IMAGES/ANDRÉ HELD

Der Satz hat eine mächtige Wirkungsgeschichte entfaltet. Wie er aus historischer Sicht wohl zu deuten ist, beschreibt Kay Ehling, Oberkonservator der Staatlichen Münzsammlung München, jetzt in der Zeitschrift „Antike Welt“. Demnach wurde Jesus mit dem Silberling eine Falle gestellt. Die Pharisäer, auch Schriftgelehrte genannt, standen für den strenggläubigen Zweig des antiken Judentums, der die unbedingte Einhaltung der religiösen Gesetze verlangte. Danach war gläubigen Juden das Zahlen von Steuern an die römische Besatzungsmacht verboten. Denn nur Jahwe stehe das Recht zu, Geld von seinem Volk einzuziehen. Mit einer eindeutigen Antwort hätte sich Jesus also entweder gegen die Strenggläubigen oder aber gegen den Präфекten Roms gestellt.

Dass Jesus kein Freund des Fiskus war, berichtet Matthäus. So verwahrte sich Jesus entschieden gegen die Zahlung der „zwei Groschen“, die der Tempel in Jerusalem von jedem Juden einforderte. Daraus hat man geschlossen, dass es sich bei dem von Markus überlieferten Zitat um eine „nachösterliche Überlieferung“ handelt, die aus dem Wissen entstanden ist, dass 66 n. Chr. der große jüdische Aufstand gegen die römische Herrschaft losbrach.

Mit „gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist“, konnte Jesus zum einen in eine kritische Distanz zu den Zeloten und anderen radikalen Gruppen gestellt werden, die die Steuerzahlung an Rom als Hochverrat bezeichneten. Schließlich war der jüdische Aufstand durch den Handstreich des römischen Statthalters Gessius Florus auf den Jerusalemer Tem-

pelschatz provoziert worden. Zum anderen ermöglichte der Satz es den frühchristlichen Gemeinden, mit der römischen Obrigkeit ein Auskommen zu finden, während die Juden Palästinas die blutigen Konsequenzen aus dem Aufstand zu tragen hatten. Diese Argumentation wäre im Übrigen ein weiterer Beleg dafür, dass das Evangelium des Markus, das gemeinhin als älteste Lebensbeschreibung Jesu gilt, erst nach Ende des Jüdischen Krieges 70 n. Chr. verfasst wurde.

Der Numismatiker Ehling geht sogar so weit, die Münze zu identifizieren, mit dem die Pharisäer Jesus locken wollten. Der „Silbergroschen“ war ein Denar, die Standardmünze im Imperium. Wenn Markus berichtet, Jesus habe ihn sehen wollen, dann impliziert das, dass er das kaiserliche Porträt erkennen

wollte, denn um die Umschrift zu erkennen, fehlten ihm wohl die lateinischen Sprachkenntnisse.

Theoretisch könnte auch ein Porträt des Kaisers Augustus auf der Münze geprägt haben. Ehling geht jedoch davon aus, dass es sich um eine Prägung von dessen Nachfolger Tiberius gehandelt haben dürfte, der von 14 bis 37 n. Chr. regierte. Münzen dieses Typs wurden in großen Mengen in Lugdunum (Lyon) geschlagen, wo in der frühen Kaiserzeit die Edelmetallprägung konzentriert war. Auf der Rückseite trugen diese Denare das Bild einer sitzenden weiblichen Gestalt, wohl der personifizierte Friede, auf der Vorderseite ein Bild des Kaisers. Die lateinische Umschrift lautete: „Kaiser Tiberius, Sohn des göttlichen Augustus (und) Oberpriester“.

BERTHOLD SEEWALD



# Den Schwächsten eine Stimme geben



## UND ALLES WIEDER VON VORNE

Ein unbekannter Gendefekt ist bei Sophia Kinhackl dafür verantwortlich, dass ihr Gehirn stark geschädigt ist und sich das Kind nur ganz langsam entwickelt. Die Siebenjährige lebt mit ihren Eltern Dorothee und Ralf sowie ihrem Bruder Timo (5) in Pfaffenhofen. „Sophia kann nichts essen, nicht sitzen, nicht stehen – und auch nicht sehen“, sagt ihre Mama. Und weil sie als Kind mit sieben Jahren erst auf dem Stand eines fünf Monate alten Babys ist, benötigt die Familie immer wieder Hilfsmittel von der Krankenkasse. „Das meiste kriegen wir durch“, sagt die Mutter. „Aber es ist immer ein Kampf und dauert lange.“ Bestes Beispiel: eine Lagerungshilfe, die für Sophia unentbehrlich ist. Zwei Jahre hat es gedauert, bis der Antrag durch und das Hilfsmittel da war. „In der Zeit ist Sophia natürlich gewachsen. Und jetzt brauchen wir die nächste, größere Lagerungshilfe“, erzählt Dorothee Kinhackl. Das ganze Prozedere mit der Kasse und dem Medizinischen Dienst geht somit von vorne los. „Das kostet viel Zeit und Geduld. Und die Kasse am Ende mehr Geld als wenn sie gleich zustimmen würde.“ Foto: Kinhackl



## KAMPF UMS NET-COACHING

Mit vielen körperlichen Einschränkungen – unter anderem ohne Schluckreflex – ist Mia Distl zur Welt gekommen. Die Elfjährige wohnt mit ihrer Mama Sabine und deren Lebensgefährten in Reichertshofen. Und die kleine Familie ist Feuer und Flamme für die Petition der Lechleuthners. Aus gutem Grund: Denn Mia musste anfangs über eine Magensonde ernährt werden. Das Essen und Schlucken musste sie erst lernen. Das mehrere Monate dauernde Coaching in einem Krankenhaus wollte Sabine Distl der damals Dreijährigen aber nicht antun – und beantragte daher ein Online-Coaching bei der Krankenkasse. „Das kostete 4000 Euro, wurde aber nicht bezahlt“, erzählt sie. Dabei sei dieses Vorgehen erheblich günstiger als die Sondenernährung, die weit über 10 000 Euro kostet. „Und das pro Jahr“, erzählt Sabine Distl. Ein halbes Jahr kämpfte ihr Anwalt um die Erstattung des Net-Coachings. Und das, obwohl es super funktioniert hat, Mia seither eigenständig essen kann und die Familie Distl der Krankenkasse mit ihrer Eigeninitiative seither Jahr für Jahr jede Menge Geld spart. Foto: Distl

Nur noch 3000 Unterschriften fehlen der offenen Petition „Stoppt die Blockade der Krankenkassen“ der Niederscheyrer Arztfamilie Lechleuthner. Dann ist der Weg frei, um mit den Forderungen die Bundespolitik konfrontieren zu können.

Von Patrick Ermert

### DIE PETITION

Die offene Online-Petition „Stoppt die Blockade der Krankenkassen bei der Versorgung schwerst behinderter Kinder/Erwachsener“, die Carmen und Thomas Lechleuthner angestoßen haben, ist auf der Zielgeraden. In drei Wochen endet sie, bis dahin sollen 50 000 Unterstützer zusammengekommen sein, um das Anliegen – eine Reform des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) und ein Ende der „systematischen Ablehnung von Hilfsmittel-Anträgen“, so Thomas Lechleuthner – vor den Petitionsausschuss des Bundestags bringen zu können. Über die Situation der Lechleuthners, deren Sohn Korbinian zum Gesicht der Kampagne wurde, ist in den vergangenen Wochen und Monaten deutschlandweit in vielen Medien berichtet worden. Bislang haben sich gut 47 000 Unterstützer hinter die Petition gestellt. Gut 3000 weitere Unterschriften sollen bis Ende April noch hinzukommen. Danach wird sich Carmen Lechleuthner auf den Weg nach Berlin machen, um die Unterschriften öffentlich vor dem Reichstag zu präsentieren. Weitere Übergeben plant sie beim MDK und vor dem Bayerischen Landtag. „Danach sehen wir weiter, wie die Politiker damit umgehen – und was sich aus unseren Forderungen ergibt“, sagt Thomas Lechleuthner. PK



## FRUSTRIERENDE VORGEHENSWEISE

Unzählige Stellungnahmen und Gutachten haben Vera und Richard Pradel aus Hohenwart bei der Krankenkasse eingereicht, um ihrer fünfjährigen Tochter Fiona das Tragen eines Korsetts zu ersparen. Die körperliche Entwicklung der Fünfjährigen ist wegen einer Muskelkrankheit verzögert. „Ein starres Korsett behindert den Muskelaufbau sogar noch“, erzählt ihre Mutter. Daher der Antrag auf eine Softorthese, die auch von Fachärzten als wesentlich geeigneter eingestuft wird. Die Kasse lehnte den Antrag ab. „Niemand hat sich Fiona angeschaut, alle Gutachten wurden missachtet“, erklärt Vera Pradel, weshalb sie vor Gericht zog. Das Verfahren zieht sich hin, jetzt wird der Fall bald vor dem Bundessozialgericht verhandelt. Die Softorthese hat die Familie inzwischen selbst gekauft. Für Fiona ist sie ein Segen. Sie hilft ihr, das Mädchen entwickelt sich besser. Die Krankenkasse hat ihr Ziel, etwas Geld einzusparen, vermutlich erreicht. Aber gerade deswegen sei die Petition so wichtig, sagen die Pradels. „Damit es anderen Familien in gleicher Lage in Zukunft vielleicht besser ergeht.“ Foto: Pradel



## KINDESWOHL MISSACHTET

Einen ständigen Kampf mit der Krankenkasse liefert sich die Familie Brückner aus Wolnzach wegen der Rückenmarkschädigung ihrer Tochter Tabea. Ein viraler Infekt während der Schwangerschaft verursachte eine starke Muskelschädigung und Epilepsie. Hohe Zuzahlungen sind die Eltern gewöhnt, den Umbau des Familienautos haben die Brückners selbst geschultert. Seit einer schwierigen Wirbelsäulen-OP werden die Belastungen immer höher. Beim Einbau eines Deckenliftsystems musste sich die Familie zwischen Dusche und Bad entscheiden, ein Lift im Wohnzimmer wurde ganz abgelehnt. Um die Schule besuchen zu können, braucht Tabea einen E-Rollstuhl. Um dessen Bezahlung muss die Familie ebenso gerichtlich ringen wie um die Individualbegleitung. „Ohne darf Tabea nicht mehr zur Schule“, sagt ihre Mutter. „Das Wohl des Kindes spielt offenbar bei den Abwägungen der Kassen keine Rolle.“ Der Medizinische Dienst entscheide nur nach Aktenlage – und habe viel zu viel Macht. Jede ärztliche Verordnung, so fundiert sie auch sei, werde in Frage gestellt. Foto: Brückner

## Essen auf Herd vergessen

Pfaffenhofen – In einer Wohnung an der Gritschstraße ist es am Donnerstagnachmittag zu starker Rauchentwicklung gekommen. Eine 65-Jährige hatte offenbar das Essen auf der angeschalteten Herdplatte vergessen, wie die Polizei mitteilt. Aufgrund eines Feuermelders wurden die Nachbarn auf die Rauchentwicklung aufmerksam und alarmierten die Feuerwehr. Als die Wehr gegen 15.15 Uhr anrückte, öffnete niemand die Türe, da die 65-Jährige zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu Hause war. Die Feuerwehr verschaffte sich über die Terrassentüre Zutritt zu der Wohnung, unterband die weitere Rauchentwicklung und lüftete. Bei dem Vorfall wurde niemand verletzt. Nach derzeitigen Erkenntnissen ist nur sehr geringer Sachschaden entstanden, so die Polizei. PK

## Naturlehrpfad öffnet im Mai

Pfaffenhofen – Die Stadt Pfaffenhofen errichtet im Stadtwald einen neuen Naturlehrpfad. Wie die Stadtverwaltung mitteilt, soll der neue Weg ab Ende Mai zur Naturerkundung und zum gemeinsamen Spaziergang mit der Familie einladen. Gedacht ist das Angebot als zu dem vor zwei Jahren runderneuerten Trimm-Dich-Pfad und dem Spielpfad.

Ausgangspunkt des knapp ein Kilometer langen Naturlehrpfads durch das sogenannte Schleiferholz wird, wie bereits für den Trimm-Dich-Pfad, der Parkplatz an der Königsberger Straße sein. Von dort führt der Weg die Besucher an 15 Stationen vorbei, an denen laut Mitteilung der Stadtverwaltung viel Wissenswertes über die Tier- und Pflanzenwelt zu erfahren ist und die Natur mit allen Sinnen erlebt werden kann. Zusätzlich werde es über den Rundweg verteilt zehn Infotafeln und zehn interaktive Tafeln geben. Letztere sollen die Besucher zum Entdecken und Erleben einladen. Bis Ende Mai sollen die Stationen errichtet und die Schilder angebracht sein. Eine Eröffnung des neuen Pfades ist voraussichtlich für Ende Mai geplant. Er richtet sich der Konzeption nach insbesondere an Kinder.

Als Leader-Projekt wird der Naturlehrpfad durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (Eler) gefördert. Der Stadtrat hatte das Projekt, dessen Kosten damals mit 90 000 Euro beziffert wurden, bereits Ende 2019 beschlossen. PK



Im Pfaffenhofener Stadtwald entsteht bis Mai ein neuer Naturlehrpfad. Foto: Bauer/Stadtverwaltung

# Testpflicht an Schulen Blutspur und zerschnittene Schuhe

Ab Montag gelten neue Regeln

Seltsamer Fall beschäftigt die Pfaffenhofener Polizei

Pfaffenhofen – Zum Ende der Osterferien liegt die Inzidenz im Landkreis Pfaffenhofen oberhalb der maßgeblichen Marke von 100, womit für die Schüler ab Montag, 12. April, spezielle Regeln in Kraft treten. Laut Landratsamt findet für die Vierte in der Grundschule, die Jahrgangsstufe 11 der Gymnasien und der Fachoberschulen sowie in sämtlichen Abschlussklassen der weiterführenden Schulen Präsenzunterricht statt – zumindest soweit dabei der Mindestabstand von 1,5 Metern zuverlässig eingehalten werden kann. Ansonsten ist Wechselunterricht das Mittel der Wahl.

Am Präsenzunterricht und auch an den Präsenzphasen im Wechselunterricht dürfen nur Schüler teilnehmen, die zu Beginn des Schultags über ein schriftlich oder elektronisch vorzeigbares negatives Ergebnis eines PCR- oder POC-Antigentests in Bezug auf eine Infektion mit dem Coronavirus verfügen

und vorweisen können. Alternativ kann an der Schule unter Aufsicht ein Selbsttest vorgenommen werden. Fällt dieser negativ aus, steht dem Präsenzunterricht nichts im Weg. Die Tests dürfen höchstens 48 Stunden alt sein. Diese Testpflicht gilt ebenso für Lehrer und das sonstige Schulpersonal. Über den genauen Ablauf der Tests werden Schüler und Eltern direkt über die jeweilige Schule informiert.

An allen übrigen Schulen und Jahrgangsstufen – einschließlich der Grundschulstufe – findet Distanzunterricht statt. Bei den Kitas zeigt sich ein einheitlicheres Bild: Sämtliche Kindertagespflegestellen und organisierten Spielgruppen sind geschlossen. Eine Notbetreuung ist zwar möglich. Es wird an die Eltern allerdings appelliert, diese tatsächlich dann in Anspruch zu nehmen, wenn dies unbedingt notwendig ist. Diese Regelungen gelten für die Woche bis 18. April. PK

Pfaffenhofen – In einem Mehrparteienhaus an der Hohenwarter Straße 61 gehen seltsame Dinge vor sich: Hausbewohner stießen, wie die Polizei am Freitag mitteilte, am Mittwochabend im Treppenhaus auf eine „blutähnliche Flüssigkeit“. Größere Flecken wurden im Bereich einer Wohnungstüre festgestellt, weitere Flecken verteilten sich

im Treppenhaus. Noch ominöser wurde die Angelegenheit durch den Umstand, dass an der fraglichen Wohnungstüre abgestellte Lederschuhe mit einem scharfen Gegenstand zerschnitten worden waren. Laut Polizei besteht daher der Verdacht, dass sich ein Unbekannter bei dieser Sachbeschädigung selbst verletzte und anschließend flüchtete. „Der Hintergrund der Tat liegt völlig im Unklaren“, so die Polizei. Über gesicherte Spuren soll nun der Täter ermittelt werden.

Wer darüber hinaus Hinweise zu dem seltsamen Fall geben kann, wird gebeten, sich telefonisch unter (08441) 80 95-0 mit der Polizeinspektion Pfaffenhofen in Verbindung zu setzen. PK

## Illegales Autorennen in Rohrbach

Rohrbach/Wolnzach – Ein illegales Autorennen soll sich am Donnerstagabend in Rohrbach zugetragen haben. Wie die Geisenfelder Polizei mitteilt, konnte laut einer Zeugenmeldung ein 19-Jähriger aus dem nördlichen Landkreis Pfaffenhofen gegen 21 Uhr auf der Bahnhofstraße in Rohrbach den Fahrzeugen zweier Raser gerade noch auswei-

chen und so einen Zusammenstoß vermeiden. Bei den Autos der Fahrer, die sich dort allem Anschein nach ein illegales Rennen lieferten, soll es sich um einen roten und einen schwarzen BMW gehandelt haben. Die Fahrer rasten nach dem Beinahe-Unfall in Rohrbach in Richtung Wolnzach davon, heißt es weiter.

Der schwarze Wagen soll eine Pfaffenhofener Zulassung haben. Das Kennzeichen, das von dem Zeugen genannt wurde, ist allerdings laut Polizei im Datenbestand nicht vergeblich. Die Pfaffenhofener Polizei übernimmt die weiteren Ermittlungen und bittet um Hinweise unter der Telefonnummer (08441) 80 95-0. PK

### THEMEN

#### SCHEYERN Heimat für die Gelbbauchunke

Bei Scheyern entstehen sechs Tümpel für die Amphibien. Seite 25

#### REGION Eigentlich immer bei der Arbeit

Bäuerinnen aus der Region zeigen sich dennoch zufrieden. Seite 26



# Korbinian fährt nach Berlin

Familie Lechleuthner überreicht dem Petitionsausschuss des Bundestags am Mittwoch über 54 000 gesammelte Unterschriften

Von Patrick Ermert

**Pfaffenhofen** – Das große Finale steigt in Berlin. Für jeden Fußballfan ist das eine Binsenweisheit. Für die Niederscheyrer Arztfamilie Lechleuthner ist allerdings nicht das Pokalfinale im Olympiastadion das große Ziel, das die Eltern Carmen und Thomas zusammen mit ihrem schwerbehinderten Sohn Korbinian anpeilen. Sondern das den meisten eingefleischten Fußballfans wohl eher nicht-sagende Paul-Löbe-Haus.

Dieses Gebäude befindet sich mitten im Regierungsviertel, ganz in der Nähe des Reichstags. Drinnen hält der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags seine Sitzungen ab. Genau dort – und zwar am kommenden Mittwoch ab 14.30 Uhr – ertönt für die Lechleuthners der Anpfiff zu ihrem ganz persönlichen Endspiel. „Stoppt die Blockade der Krankenkassen bei der Versorgung schwerst behinderter Kinder/Erwachsener“ haben sie Ende Oktober 2020 ihre Offene Petition geäußert, mit der das Mediziner-Ehepaar in den vergangenen sechs Monaten deutschlandweit für Aufsehen sorgte.

Gefrustet vom zähen Kampf mit den Krankenkassen um die Bezahlung der verordneten Hilfsmittel, die der kleine Korbinian für die Teilhabe am Leben dringend benötigt, haben seine Eltern in den Angriffsmodus geschaltet. „Die Petition ist für uns auch ein Ventil“, räumt Carmen Lechleuthner ein. Sie war aber auch ein Weg, um auf die Notlage vieler Eltern von behinderten Kindern hinzuweisen. Die beiden Ärzte prangern an, dass die Krankenkassen die Übernahme von Hilfsmitteln oftmals pauschal verweigern und teure Gutachten anfordern – den Pflegenden häufig nur der Rechtsweg bleibt, um ihre Ansprüche durchzusetzen. Vor allem den medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK), der die Prüfung der Fälle übernimmt, haben die Lechleuthners ins Visier genommen. Sie fordern eine umfassende Reform.

Mit ihren Anliegen sind die Niederscheyrer nicht lange allein geblieben. Tausende Unterstützer – meist Familien in ähnlichen Situationen –



Deutschlandweites Medieninteresse hat die Petition der Arztfamilie hervorgerufen. In fünf TV-Beiträgen waren die Niederscheyrer zu sehen. Hier drehen Korbinian (von rechts) und Carmen Lechleuthner mit Gloria Stenzel für das BR-Format „Kontrovers“. Foto: privat

schlossen sich ihnen unmittelbar an. Sage und schreibe 54 000 Unterschriften sind bis zum Wochenende zusammengekommen. Und mittlerweile haben die Positionen der Lechleuthners sogar zwei große Verbände übernommen: „Wir! Pflegende Angehörige“ und „rehaKIND“. Beide sind aktiv in die Kampagne eingestiegen und schicken zur Übergabe der Unterstützerliste sogar eigene Vertreter nach Berlin: Brigitte Bühlein und Jule Heintorf. Rüdiger Krause lässt sich das Finale ebenfalls nicht entgehen. Der Ärztliche Direktor der Fünfseldorfer Uniklinik ist der Fünfte im Bunde, der das Paul-Löbe-Haus somit an der Seite der Lechleuthners betreten wird. Dieses Quintett – „mehr dürfen angesichts der Coronavorgaben gar nicht rein“, erklärt Thomas Lechleuthner – wird die Forderungen dem Petitionsausschuss unterbreiten. In großen Kisten, die auf Rollstühlen ins Gebäude geschoben werden, bringen die Lechleuthners

ihre Unterstützerlisten nach Berlin. Politiker aller großen Parteien haben sich angekündigt, um diese in Empfang zu nehmen – und sich den Forderungen zu stellen.

„Die nahe Bundestagswahl könnte uns ein wenig in die Karten spielen“, meint Thomas Lechleuthner. Zumindest werde die Kampagne wohl auch aufgrund der zeitlichen Nähe zumindest nicht ignoriert. Haben sich viele Politiker zum Start der Petition noch ablehnend geäußert, stößt der Vorstoß mittlerweile bei immer mehr Parteien auf offene Ohren. „Neben den Grünen interessieren sich auch die SPD und die FDP sehr für unsere Anliegen“, erzählt Carmen Lechleuthner. Lediglich die Unionspolitiker lassen wenig Interesse durchschimmern. „Aber zumindest

wird auch von CDU und CSU jemand bei der Übergabe dabei sein“, sagt Carmen Lechleuthner. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wurde ebenso eingeladen wie SPD-Sozialminister Hubertus Heil. „Aber dass die persönlich kommen, glaube

ich dann doch nicht“, meint sie. Völlig ausgeschlossen ist es aber dann auch wieder nicht, dass Spahn vorbeischaue. Denn die Lechleuthners haben mit ihrer Petition tatsächlich in der ganzen Republik für Wirbel gesorgt. Fünfmal waren sie mit längeren Beiträgen im Fernsehen. „Teilweise haben sich die Dreharbeiten über mehrere Tage hingezogen“, berichtet Thomas Lechleuthner. Im Radio war viel von ihnen zu hören. Und Printmedien aus der ganzen Republik haben ihnen Platz eingeräumt.

**„Da werden große Reden geschwungen und Preise ausgelobt. Nur getan wird immer noch viel zu wenig.“**

Carmen Lechleuthner zu Inklusion und Teilhabe

Geht es nach den Medizinern aus Niederscheyern, ist die ganze Bewegung überfällig gewesen. Es geht ihnen ums Aufrütteln der Menschen. Ums Aufzeigen von Missständen. Und um das Entlarven von Versprechungen, die von der Politik im Sinne der Inklusion vorgegaukelt werden, aber in Wahrheit nur leere Hüllen sind. Scurriles Beispiel, das Thomas Lechleuthner in dem Zusammenhang nennt: Die Bundesregierung hat kürzlich beschlossen, dass alle Geldautomaten barrierefrei umgerüstet werden müssen. „Allerdings erst bis zum Jahr 2040, so was muss man sich mal vorstellen“, ergänzt er. „Und wenn der Weg zu einem Geldautomaten über Stufen führt, dann dürfen diese explizit bleiben.“ Inklusion und Teilhabe schreiben sich viele Politiker gerne auf die Fahne. „Da werden große Reden geschwungen und Preise ausgelobt. Nur getan wird immer noch viel zu wenig“, fügt Carmen Lechleuthner an.

Nur Kritik üben, das ist den Lechleuthners aber zu wenig. Daher nehmen sie konkrete Verbesserungen, die sie für umsetzbar halten, am Mittwoch mit nach Berlin. So sollen Krankenkassen zumindest von den fachlich schier unantastbaren Sozialpädiatrischen Zentren (SPZ) verordneten Hilfsmitteln ohne Prüfung bewilligen müssen. „Das sind absolute Fachleute“, sagt Thomas Lechleuthner. „Die liegen eigentlich immer richtig.“ Hier zu prüfen und weitere Gutachten anzufordern, sei vergeudetes Geld. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich da etwas einsparen lässt. Im Gegenteil: Hier kosten die Prüfungen und Gutachten vermutlich weit mehr Geld als sich theoretisch einsparen lässt. Aber auch eine Änderung des Sozialgesetzbuchs regen die Lechleuthners an: um die Bearbeitungszeit der Krankenkassen zu begrenzen. „Auf fünf Wochen. Das ist in unseren Augen ein Muss“, sagen die Ärzte. Weniger Begutachtung durch den MDK ist ein weiteres Hauptziel der Petition. „Und wenn es sein muss, dann niemals nach Aktenlage, sondern immer persönlich und fachgebunden.“

Eines verstehen die Eheleute angesichts der zögerlichen Bereitstellung vieler Hilfsmittel bis heute nicht. „Einen Missbrauch gibt es da doch kaum“, meint Thomas Lechleuthner. Die Hilfsmittel bleiben meist im Besitz der Krankenkassen und werden nur ausgeliehen. Und: „Es gibt doch niemanden, der einen orthopädischen Stuhl bei Ebay verkauft“, fügt er an. „Wer würde sowas kaufen? Der sieht nicht schön aus und keiner kann ihn brauchen, der nicht selbst behindert ist.“

Vielleicht bekommt er auf solche Fragen am Mittwoch eine Antwort. Beim Finale in Berlin, dem die Lechleuthners längst nicht mehr allein entgegenfeiern. Denn die Zahl ihrer Unterstützer, sie wächst seit dem Erreichen der 50 000er-Marke immer weiter. „Und unser Weg“, so versichert Carmen Lechleuthner, „ist nach der Übergabe nicht vorbei.“ Als Versprechen in Richtung ihrer Unterstützer, das bei anderen wohl eher wie eine Drohung ankommen wird. PK

## Beitrag zur Energiewende

**Pfaffenhofen** – Am Mittwoch, 19. Mai, findet der dritte Teil der Online-Vortragsreihe „Wärme und Strom von der Sonne“ der Fachstelle Energie und Klimaschutz des Landratsamts statt. Dabei dreht sich alles um das Thema Kleinsolaranlagen. Mit ein oder zwei Solarmodulen kann jeder zur Energiewende beitragen: Angebracht an Fassade, Balkongeländer oder Garagen kann Sonnenstrom im eigenen Haushalt direkt genutzt werden. An welcher Stelle soll ich das Modul anbringen? Darf ich ins Stromnetz einspeisen? Muss der Stromzähler getauscht werden? Ist die Technik sicher? Jörg Sutter, Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie, stellt sich den Fragen. Die Kosten betragen fünf Euro. Für die Teilnahme ist eine Anmeldung über die vhs unter Telefon (08441) 49 04 80 oder online unter [www.vhs.landkreis-pfaffenhofen.de](http://www.vhs.landkreis-pfaffenhofen.de) erforderlich. PK

## Kleiderkammer öffnet wieder

**Pfaffenhofen** – Sollte die Sieben-Tages-Inzidenz in Pfaffenhofen weiterhin unter 100 bleiben, öffnet die Kleiderkammer ab Donnerstag, 20. Mai, ihren Laden wieder – und zwar ohne vorherigen Schnelltest, aber mit Mundschutz. PK

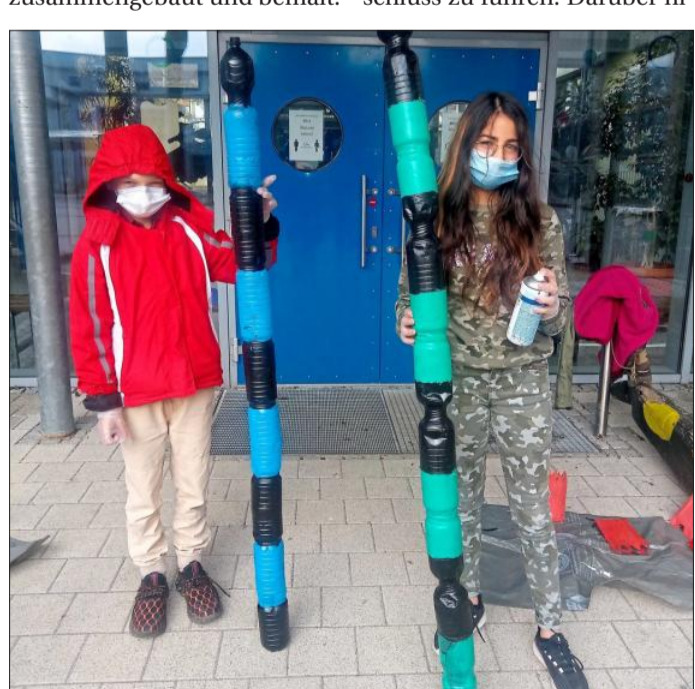
## Blütenmeer aus Plastik

Pfaffenhofener Schüler präsentieren ihre Kunstwerke auf der Gartenschau in Ingolstadt

**Pfaffenhofen** – Schon seit Monaten arbeiten zwei Pfaffenhofener Schulklassen an ihrem großen Auftritt bei der Ingolstädter Landesgartenschau (LGS). Beteiligt sind die Anna-Kittenbacher-Schule und die Grund- und Mittelschule Pfaffenhofen. Unter Leitung der Lehrkraft an Förderschulen Jutta Blitz-Wolf und ihrer Kooperationspartnerin, der Klassenleiterin Claudia Heinrich, ist ein wahres Blütenmeer entstanden, das am „Schulweg“ der Gartenschau seit einigen Wochen aufgebaut ist.

Hergestellt wurde aber nicht nur etwas zum Thema „Blumen“. Hinter dem ganzen Projekt steckt vielmehr auch eine größere Idee: Nachhaltige Kunstwerke aus den verschiedensten Wertstoffen sollten die Basis der Blüten, Blätter und Palmen bilden. So wurden die Teilnehmer am Projektunterricht neben der eigentlichen künstlerischen Aufgabe auch für die Wiederverwertung von Plastik und anderen Wertstoffen sensibilisiert. Das Schlagwort ist hier „Upcycling“. Aus Wertstoffen, wie zum Beispiel einer leeren Plastikflasche, entsteht etwas anderes, Hochwertigeres, so etwa ein Kunstwerk. Im Fall dieses Schulprojekts wurden erstaunliche Palmen und andere Blumenarten kreiert. Bis es so weit war, hatten Lehrer und Schüler etliche

Hürden zu überwinden. Durch Corona, Lockdown sowie kaum Präsenzunterricht war es nicht einfach, das Projekt zu koordinieren und über die Bühne zu bringen. Das fing bereits bei der Materialsammlung an. Per Videokonferenz wurden dann die einzelnen Schritte vermittelt. War Präsenzunterricht möglich, wurde zusammengelassen und bemalt.



Nachhaltige Kunstwerke aus Wertstoffen zum Thema „Blüten, Blätter und Palmen“ kreierten die Schüler im Projektunterricht, die am Schulweg der Gartenschau zu bestaunen sind. Foto: HPZ

In von Blitz-Wolf eigens angefertigten Arbeitsanleitungen und deren digitaler Präsentation konnten die einzelnen Schritte noch einmal nachverfolgt werden.

Auch für die erfahrenen Lehrkräfte war dies Neuland. Es bedurfte großer Flexibilität und Einfallsreichtum, dieses Projekt zum erfolgreichen Abschluss zu führen. Darüber hi-

naus waren die Eltern bei der Materialrecherche mit einbezogen. In den Haushalten wurde jedes Plastikteil auf eventuelle Verwertbarkeit als Blütenbestandteil untersucht – nur der Rest durfte in den gelben Sack. Laut Claudia Heinrich waren die Themen „Upcycling, Wiederverwertung und das Umfunktionieren von gebrauchten Gegenständen“ über Monate immer wieder Thema im Unterricht und in den Familien. Jetzt leuchten die Kunstwerke in der Sonne und erwarten die Gäste. Natürlich sind auch die beteiligten Schüler beider Schulen auf die Reaktionen des Publikums neugierig.

Das Terrain für das Blütenmeer aus Wertstoffen wurde bereits im November bei einer Begehung des Geländes von Rebecca Frank, der zuständigen LGS-Organisatorin, Jutta Blitz-Wolf und der Scheyerer Künstlerin Margit Grüner abgesteckt.

In einem zweiten Teil des Projekts sollen dann im Juni Mosaikobjekte mit Blumen-thema vor Ort zusammen mit den Gästen der Gartenschau entstehen. Da wird dann auch Mosaikkünstlerin Margit Grüner mit Rat und Tat zur Seite stehen und die 15-jährige Zusammenarbeit mit der Anna-Kittenbacher-Schule fortsetzen. PK

## ANZEIGE

**MOSER**  
Agrar & Baufachzentrum

- Baustoffe
- Fenster & Türen
- Fliesen & Naturstein
- Parkett & Laminat
- Garten & Terrasse

Schweitenkirchen  
[www.moseronline.de](http://www.moseronline.de)

## Tafel in Ferien geschlossen

**Pfaffenhofen** – Die Tafel Pfaffenhofen und ihre Außenstellen in den südlichen Landkreisgemeinden haben während der anstehenden Pfingstferien geschlossen. Somit werden weder in der Kreisstadt noch in Wolnzach, Steinkirchen, Rohrbach oder Hohenwart in diesem Zeitraum Lebensmittel ausgegeben. Die Ausgabe nach den Pfingstferien beginnt wieder am Dienstag, 8. Juni – und zwar von 10 bis 10.30 Uhr in Rohrbach, von 12 bis 12.30 Uhr in Steinkirchen, von 12.30 bis 13 Uhr in Hohenwart sowie von 15 bis 18 Uhr in Wolnzach. In der Hauptstelle der Tafel in Pfaffenhofen sind die Lebensmittel für alle Anspruchsberechtigten zum ersten Mal nach den Ferien am Mittwoch, 9. Juni, zu haben. Die Aussagestelle öffnet in der Kreisstadt dabei im Zeitraum von 9.30 bis 12 Uhr, also wie es die Kunden gewohnt sind. PK





Hoffnung auf Veränderung: Die Familie Lechleuthner und ihre Unterstützer präsentieren die Unterschriften in Paketen auf Rollstühlen vor dem Reichstag. Fotos: Ermert

# „Am Ende bleibt ein gutes Gefühl“

Lechleuthners übergeben 55 000 Unterschriften an Petitionsausschuss – und kehren mit Hoffnung zurück

Von Patrick Ermert

**Pfaffenhofen/Berlin** – „Der beste Staat ist derjenige, der sich um seine schwächsten Kinder am besten kümmert.“ Mit diesem Satz hat Rüdiger Krause die Absicht, die hinter der Petition der Pfaffenhofener Arztfamilie Lechleuthner steht, punktgenau zusammengefasst. Dass sich der langjährige Direktor der Klinik für Orthopädie am Düsseldorfer Uniklinikum nicht nur hinter die Forderungen stellt, die Carmen und Thomas Lechleuthner in den vergangenen sechs Monaten deutschlandweit bekannt gemacht haben, sondern dass Krause sogar höchstpersönlich zur Anhörung vor dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags erschienen ist, unterstreicht das Gewicht von „Stopp der Blockade der Krankenkassen bei der Versorgung schwerstbehinderter Kinder/Erwachsener“.

Gefrustet vom zähen Kampf mit den Krankenkassen um die Bezahlung der verordneten Hilfsmittel, die ihr schwerbehinderter Sohn Korbinian für die Teilhabe am Leben dringend benötigt, haben seine Eltern vor einem halben Jahr in den Angriffsmodus geschaltet. Die beiden Ärzte prangern an, dass die Krankenkassen die Übernahme von Hilfsmitteln

oftmals pauschal verweigern und teure Gutachten anfordern – den Pflegenden häufig nur der Rechtsweg bleibt, um ihre Ansprüche durchzusetzen. Vor allem den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK), der die Prüfung der Fälle übernimmt, haben die Lechleuthners ins Visier genommen.

Sie fordern eine umfassende Reform. „Keine systematische Infragestellung der Therapien und Verordnungen mehr“, fordert Carmen Lechleuthner. Keine Verweigerung von Kostenübernahmen. Keine Gutachten von fachfremden Ärzten – und schon gar keine Prüfung mehr, die rein nach Aktenlage durch einen Krankenkassenmitarbeiter von seinem Schreibtisch aus erfolgt. „Manche Hilfsmittel werden so lange verweigert, bis die Verordnung gar keinen Sinn mehr ergibt“, fügt Thomas Lechleuthner an.

Und tatsächlich: Die Politiker hören zu. Eine knappe Stunde lang geht es auf dem Flur des Paul-Löbe-Hauses am Mittwoch mitten im Berliner Regierungsviertel rund. „Wir haben genau zugehört“, meint mit Marian Wendt (CDU/CSU) am Ende der Vorsitzende des Petitionsausschusses im Namen aller Politiker jeglicher Couleur, die sich eingefunden haben. „Es waren rund 15 Politiker da, das ist ein schöner Erfolg“, meint



Im Flur des Paul-Löbe-Hauses erfolgte die persönliche Übergabe der mehr als 55 000 Unterschriften an die Politiker.

Thomas Lechleuthner hinterher. „Wir haben neue Kontakte geknüpft – und fahren mit dem guten Gefühl wieder zurück in die Heimat, dass wir tatsächlich etwas bewegen können.“

Von heute auf morgen wird das allerdings nicht klappen. Wendt bittet um etwas Zeit. „Wir müssen uns erst sortieren, das alles durchgehen und uns dann geeignete Schritte überlegen“, meint er. Einfach nur abbügel, so kommen diese Worte aber nicht rüber. Zu eindringlich reden neben den Ärzten aus Niederscheyern auch deren Mitstreiter auf die Politiker ein. Neben Professor Krause legen sich zwei Frauen ins Zeug, die in Pflegeverbänden engagiert sind und durchaus Einfluss haben. Neben Brigitte Bührlen (siehe Interview unten), die das Ge-

sundheitssystem an sich anprangert, ist auch Jule Heintorf von der Internationalen Fördergemeinschaft RehaKind extra nach Berlin gekommen. „Das ist schon toll“, kommentiert Thomas Lechleuthner diese Unterstützung. „Manche unserer Mitstreiter sind 600 Kilometer gefahren, um dabei sein zu können. Also genauso weit wie wir selbst.“ Bührlen prangert die „Versicherungsstruktur“, die bei der Pflege in Deutschland herrsche, an. „Wenn die Bürger gezwungen sind einzuzahlen, so wollen sie mindestens auch eine Stelle, bei der sie sich beschweren können, wenn die Leistung nicht passt.“ Heintorf beklagt die hohe Belastung der pflegenden Eltern – und die Praxis, dass auf deren Kosten Einsparungen vorgenommen

würden, die den Eltern letztlich Zeit, Geld und die Gesundheit ihrer Kinder kosten. „Außerdem glaube ich nicht, dass sich das systematische Ablehnen am Ende auszahlt, das ist eine Lose-lose-Situation für alle.“

Die Politiker jedenfalls zeigen sich beeindruckt. Vom Verve, mit der die Forderungen vorgebracht werden. Von der Vielfalt der Argumente – und ihrer Wucht. „Ich habe mir das gut angehört. Und ich kann nur versichern, dass wir diese Petition wohlwollend begleiten werden“, sagt Johannes Huber (AfD), der als Mitglied im Petitionsausschuss dabei war. Der zweite Abgeordnete aus dem Wahlkreis der Lechleuthners, Erich Irlstorfer (CSU), konnte nicht persönlich kommen, aber drückte seinen Respekt per zeitgleicher Pressemitteilung aus.

„Am Ende bleibt ein gutes Gefühl“, sagt Thomas Lechleuthner zum Abschied. „Wir haben einen tollen Tag in Berlin erlebt, viele Eindrücke gesammelt, schöne Bilder. Jetzt hoffen wir, dass etwas Dauerhaftes bleibt.“ Kontakte können die Ärzte jedenfalls viele knüpfen. Hilfe wird ihnen zugesagt. „Von heute auf morgen wird nichts gehen“, vermutet Carmen Lechleuthner. „Aber wir werden dranbleiben und nicht nachlassen, bis sich etwas zum Guten verändert.“ PK



■ **Die aktuellen Zahlen:** Im Kreis Pfaffenhofen sind laut Robert-Koch-Institut seit Dienstag elf weitere Personen positiv auf das Coronavirus getestet worden. Im Gegenzug gelten laut Landratsamt seit Dienstag 30 weitere Personen als genesen. Die Zahl der Toten in Zusammenhang mit Covid-19 bleibt konstant bei 157. Derzeit sind laut Landratsamt 188 Landkreisbürger infiziert und 759 gelten als Kontaktpersonen in häuslicher Quarantäne. Seit Beginn der Pandemie wurden insgesamt 5539 Landkreisbürger positiv getestet, als geheilt gelten davon 5194. An der Ilmtalklinik in Pfaffenhofen werden gemäß Morgenstatistik aktuell zehn bestätigte Coronapatienten behandelt, einer davon muss intensivmedizinisch betreut werden.

■ Die auf 100 000 Einwohner gerechnete **Sieben-Tages-Inzidenz** lag laut RKI zum Mittwoch bei 53. Da der Landkreis Pfaffenhofen stabil unter 100 ist, gibt es laut Landratsamt vorbehaltlich der rechtlichen Umsetzung, **ab Freitag, 21. Mai folgende Lockerungen:**

■ **Freibäder** können wieder öffnen. Voraussetzung ist die Beachtung des entsprechenden Rahmenhygienekonzepts, ein gebuchter Termin und ein negativer Test.

■ Auch **Fitnessstudios** können ab Freitag wieder öffnen. Es ist ein negativer Test der Besucher sowie ein Termin erforderlich. Die Hygienemaßnahmen – außer beim Sport selbst – müssen beachtet werden.

■ **Kultur- und Sportveranstaltungen im Freien:** Es sind wieder Kulturveranstaltungen im Freien mit maximal 250 Zuschauern (feste Sitzplätze) erlaubt. Dies gilt sowohl im professionellen Bereich als auch für Laien- und Amateurensembles und filmische Veranstaltungen. Für die Besucher gilt eine Testpflicht. Gleiches gilt für Sportveranstaltungen (250 Zuschauer, feste Plätze, Testpflicht). Bei all den Öffnungen und Möglichkeiten entfällt die Testpflicht, sobald die Sieben-Tage-Inzidenz im Landkreis Pfaffenhofen stabil unter der 50er-Marke liegt.

■ **Kitas und Schulen:** Wie das Landratsamt mitteilt, findet derzeit für alle Jahrgangsstufen Präsenzunterricht statt, sofern dabei der Mindestabstand eingehalten werden kann, andernfalls findet Wechselunterricht statt. Wie es nach den Pfingstferien weitergeht, hängt von der Sieben-Tage-Inzidenz ab. Grundsätzlich gilt ab 7. Juni: Bei einer Inzidenz zwischen 50 und 165 findet eingeschränkter Regelbetrieb, bei einer Inzidenz unter 50 findet an allen Schularten für alle Jahrgangsstufen normaler Regelbetrieb (voller Präsenzunterricht ohne Mindestabstand) statt. Außerdem, so das Landratsamt, sind Kitas, Kindertagespflegestellen, Ferientagesbetreuung und organisierte Spielgruppen derzeit im Landkreis im eingeschränkten Regelbetrieb geöffnet. Hier gilt nach den Ferien: Bei einer Inzidenz zwischen 50 und 165 findet eingeschränkter Regelbetrieb statt, unter 50 findet normaler Regelbetrieb statt. PK

## Korbinians Lied bringt das Dilemma auf den Punkt

**Pfaffenhofen** – Das Netzwerk der Familie Lechleuthner wächst weiter. Mit Brigitte Bührlen hat sich die Gründerin der Stiftung „Wir! Pflegenden Angehörige“ den Forderungen der Petition angeschlossen. Im Umfeld der Anhörung im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags haben sich Bührlen und Carmen Lechleuthner erstmals getroffen.

Wie sind Sie auf die Petition aufmerksam geworden?  
**Brigitte Bührlen:** Ich bin ein Staubsauger in den sozialen

Medien, wenn es um das Thema Pflege und Behinderte geht. Also bin ich auf das Lied gestoßen, das Thomas Lechleuthner für Korbinian geschrieben und eingesungen hat – und ich muss sagen: Das bringt das Dilemma auf den Punkt. Ich habe den Song sogar auf Hochdeutsch umgetextet. Dann habe ich Carmen zum ersten Mal angerufen – und seither stehen wir in Verbindung.

Wann haben Sie sich gedacht, dass mit dieser Petition etwas vorangehen könnte?



Brigitte Bührlen steht hinter allen Forderungen der Petition.

**Bührlen:** Das habe ich gleich gespürt. Die Lechleuthners gehen eigene Wege. Nicht die alten Pfade, sondern sie wählen diese Petition, die freilich nicht allen gefällt. Aber genau das ist der richtige Weg. Ich habe sie bestärkt darin, ihn konsequent weiterzugehen. Ich habe erste Kontakte zu Politikern herstellen können, womit eines das andere ergab. Und jetzt stehen wir hier vor dem Bundestag.

Was ist der Unterschied zu diesem Vorstoß gegenüber anderen? Und weshalb verspricht er

in Ihren Augen womöglich Erfolg?

**Bührlen:** Hier treten zwei Ärzte in Erscheinung, die ganz genau wissen, wie es um die Praxis in der Pflege bestellt ist. Sie kennen die Zusammenhänge. Und sind gleichzeitig direkt betroffen. Da trifft alles zusammen. Daraus entsteht eine Bewegung, an die Verbände und sogar ein Universitätsprofessor auf Überzeugung andocken können. Auf diese Weise öffnen sich Türen.

Das Gespräch führte Patrick Ermert.



Wir fahren nach Berlin: Korbinian Lechleuthner (linkes Bild, Mitte) ist mit seinen vier Jahren zum Gesicht einer Kampagne geworden, die für alle Behinderten in Deutschland vieles erleichtern soll. Auf Rollstühlen schob sein Vater (Mitte) die Listen ins Paul-Löbe-Haus, wo sie Marian Wendt (rechts) für den Petitionsausschuss in Empfang nahm.



UNTERM STRICH

Patrick Ermert

Ein Funken Hoffnung

Es ist wohl vermessen zu denken, dass Carmen und Thomas Lechleuthner mit ihrer Petition von heute auf morgen das Gesundheitswesen aus den Angeln heben. Zu starr die Strukturen, zu stark die Gesundheitslobby, zu ergeblich die Pfründe, die sich Pharmafirmen, Hilfsmittelhersteller, Sozialverbände und Krankenkassen gesichert haben. Es ist eine Sisypusarbeit, hier etwas voranzubringen. Auf der anderen Seite: Wie soll sich was ändern, wenn nicht mit diesen Protagonisten? Der vierjährige Korbman als Gesicht der Petition, dazu zwei Ärzte als direkt Betroffene, also echte Insider, die sich gegen das Gesundheitswesen auflehnen. Und nicht zuletzt die Willenskraft und das Herzblut, mit dem die Familie Lechleuthner das Rennen bestreitet. All das ergibt eine Mixtur, die ansteckend wirkt. Daher unterschreiben nicht nur 55 000 Menschen, sondern es sammeln sich auch 16 000 Beiträge von Betroffenen an. Sozialverbände springen auf. Die Argumente sind vielfältig und halt nicht einfach so von der Hand zu weisen. Sollten es die Krankenkassen bei früheren Initiativen geschafft haben, die Kritik unter dem Deckel zu halten, ist das bei dieser Initiative jetzt schon nicht mehr möglich. Die Politiker tun gut daran, das Thema ernst zu nehmen. Und angesichts vergleichsweise geringer Summen, die für die Hilfsmittel im Raum stehen, sollte das Kosten-Nutzen-Verhältnis einer Reform für die Lechleuthners sprechen. Es wird ein wenig dauern, bis sich etwas tut. Aber zumindest besteht ein Funken Hoffnung für viele pflegende Angehörige.



Ein Schausteller-Fest wie hier den „Sommer dahoam“ im vergangenen Jahr soll es heuer mindestens geben, wie der Ferienausschuss des Pfaffenhofener Stadtrats am Donnerstag beschlossen hat. Die Stadt will sich außerdem noch Handlungsoptionen für ein richtiges Volksfest offenhalten. Foto: Karl J. Ebersberger/Archiv

Stadt hält sich Volksfest offen

Ferienausschuss vertagt Entscheidung auf Juli – Schausteller-Fest als Alternative

Von Michael Kraus

**Pfaffenhofen** – Die Absage des Pfaffenhofener Volksfests hätte am Donnerstag zur Entscheidung stehen sollen. Doch der Ferienausschuss des Stadtrats will sich lieber noch die Option eines kurzfristig organisierten Volksfests offenhalten. Und sollte daraus pandemiebedingt doch nichts werden, will die Stadt zumindest wieder ein Schausteller-Fest wie im Vorjahr ermöglichen. „Wir neigen dazu, das Volksfest abzusagen“, sagte der städtische Hauptamtsleiter Hans-Dieter Kappelmeier bei der Sitzung. Es wäre nach Einschätzung der Verwaltung nicht in traditioneller Weise realisierbar. Und trotzdem konnten sich die Stadträte nicht zu einer Absage durchringen, da die Hoffnung bekanntlich zuletzt stirbt. Denn: „Wir hätten noch Handlungsoptionen“, schob Kappelmeier nach. „Wir könnten die Entscheidung noch schieben.“ Selbst bei einem Beschluss erst in der Juni- oder Julisitzung könnte die Vorbereitungszeit noch reichen, um

ein Volksfest stattfinden zu lassen. Auch eine Verschiebung in den Oktober sei denkbar, denn die Terminkalender der Schausteller, Fieranten und Musikkapellen seien angesichts vieler abgesagter Großveranstaltungen frei. Und so schlug Bürgermeister Thomas Herker (SPD) vor, die

Entscheidung erst im Juli zu treffen. „Herr Kappelmeier schüttelt auch ein Volksfest mit nur sechs Wochen Vorlauf aus dem Ärmel“, lobte er den städtischen Hauptverantwortlichen – wenngleich er selbst Zweifel hat: „Ich bin sehr skeptisch, ob es klappt“, räumte Herker ein. Trotzdem herrsch-

te Einigkeit im Gremium: „Viel leicht bessert sich die Lage und es gibt keinen Grund mehr, das Volksfest im September abzusagen“, befand Fabian Flössler (CSU). Und so stimmte der Ferienausschuss letztlich einstimmig dafür, die finale Entscheidung um zwei Monate zu vertagen.

Außerdem gibt es einen Plan B, der sich im Vorjahr bewährt hat: Schaustellersprecher Siegfried Schön hat auch für heuer wieder beantragt, in Eigenregie eine kleinere Ersatzveranstaltung mit Buden und Fahrgeschäften ausrichten zu dürfen. Falls infektionsschutzrechtlich möglich, soll es diesmal vielleicht sogar einen Biergarten für bis zu 400 Personen geben, anstatt dass Getränke und Speisen ausschließlich zum Mitnehmen angeboten werden. Der Ferienausschuss hat dafür jedenfalls schon seine Zustimmung signalisiert – vorbehaltlich, dass die Stadt nicht doch noch ein eigenes Volksfest für 2021 stemmen kann. „Wenn nicht, dann aber auf jeden Fall so“, versicherte Herker an die Adresse der Schausteller. PK

DULTEN WERDEN NACHGEHOLT

Während eine Entscheidung zum Pfaffenhofener Volksfest noch aussteht, mussten heuer bereits zwei Dulten samt verkaufsoffenen Sonntagen abgesagt werden. Sie sollen aber, wenn irgendwie möglich, im Sommer nachgeholt werden. Das hat der Ferienausschuss des Stadtrats am Donnerstag beschlossen. „Die Josephidult am 14. März und die Maidult am 2. Mai sind coronabedingt ausgefallen“, berichtete Hauptamtsleiter Hans-Dieter Kappelmeier in der Sitzung des Gremiums. Für Nachholter-

mine schlug er mit Blick auf die umliegenden Jahrmärkte den jeweils ersten Sonntag im Juli und im August vor. Diese Termine seien auch bereits mit dem Verein Lebendige Innenstadt abgestimmt. Der Ferienausschuss stimmte dem zu und erließ einstimmig eine entsprechend überarbeitete Verordnung für verkaufsoffene Sonntage. Diese sind neben der planmäßigen Herbstdult am 3. Oktober und der Martini dult am 7. November nun auch für die Nachholtermine am 4. Juli und 1. August erlaubt. mck

„Mehr Öl und Feuer hinter Entscheidungen bringen“

Bundespolitiker jeglicher Couleur befassen sich mit der Lechleuthner-Petition – und zollen der Arztfamilie hohen Respekt

**Pfaffenhofen** – Carmen und Thomas Lechleuthner haben in den vergangenen Monaten viele Anstrengungen unternommen, um bei der Hilfsmittel-Versorgung von Schwerstbehinderten gewisse Verbesserungen anzustoßen. Für seine Offene Petition konnte das Ärzte-Ehepaar aus Niederscheyern innerhalb von sechs Monaten exakt 55 188 Unterschriften sammeln. Viele davon in der Region rund um Ingolstadt. Aber ebenfalls viele aus allen Teilen der Republik. „Im Laufe der Zeit sind immer mehr Unterstützer aufgesprochen“, berichtet Carmen Lechleuthner. So haben sich verschiedene Stiftungen und Verbände ihren Forderungen nach einer Reform des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen angeschlossen. Und zur Übergabe der Unterstützerlisten an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags ist mit Rüdiger Krause sogar ein Universitätsprofessor extra nach Berlin gereist. „Solch eine Solidarität auf dieser Ebene, so etwas geschieht nur, wenn die Köpfe hinter einer Aktion so glaubwürdig und kompetent sind wie diese“, hat Brigitte Bührlen von „Wir! Stiftung pflegende Angehörige“ nur Lob für die Initiatoren parat. In einem Bereich, den sie seit Jahren ge-

bannt verfolgt, hat sie noch kein Projekt erlebt, das vergleichbare Resonanz hervorgerufen hat. So hat auch die Übergabe der Petition im Paul-Löbe-Haus, mitten im Herzen des Berliner Regierungsviertels, für viel Wirbel gesorgt. Trotz der strikten Coronavorgaben war nicht nur das Medieninteresse groß, sondern auch überraschend viele Politiker ließen es sich nicht nehmen, den Lechleuthners persönlich zuzuhören. Neben dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Marian

Wendt (CDU/CSU), erschienen Martina Stamm-Fibisch (SPD), Kersten Steinke (Linke), mit Manfred Todtenhausen und Jens Beeck gleich zwei FDP-Politiker, die schon länger mit den Lechleuthners in positivem Kontakt stehende Corinna Rüffer (Grüne) und ein in Pfaffenhofen bestens bekanntes Gesicht aus den Reihen der AfD, nämlich Johannes Huber. „Außerdem waren noch etliche weitere Bundespolitiker aus dem Gesundheitsausschuss sowie dem Arbeits- und Sozialausschuss hier“, meinte Tho-

mas Lechleuthner erfreut. „Das Thema hat zumindest gewisse Kreis gezogen“, resümiert seine Frau Carmen. „Es kamen viele interessierte Nachfragen. Wir haben viel positiven Zuspruch erfahren – und neue Kontakte knüpfen können.“ Wendt sagte als Wortführer des Ausschusses zu, „mehr Öl und Feuer hinter die Entscheidungen“ bringen zu wollen. Über den Umgang mit seinen Menschen zeichne sich ein Land aus, fügte er an. Die Petition sei der richtige Weg gewesen, auf die Missstände hinzuweisen, so Wendt weiter. Schließlich würden die Gesetze in Deutschland den Weg vorgeben. „Und dafür sind wir Politiker schließlich da.“ Die AfD war als Mitstreiter eher nicht die erste Adresse der Lechleuthners. Johannes Huber brachte ihnen als lokaler Abgeordneter dennoch ein offenes Ohr und hohen Respekt entgegen. „Es ist bewundernswert, welchen Willen sie in ihrem Ringen um Veränderungen entfachen – und wie weit sie schon gekommen sind“, sagte er. Alleine die öffentliche Anhörung sei schon ein Erfolg, weil sich die Politiker nun mit dem Thema intensiv auseinandersetzen müssen. „Freilich wird das nicht von heute auf morgen gehen. Aber es wird

passieren.“ Huber selbst will das Projekt „wohlwollend begleiten“, sagt er. Es seien ja keine Einzelfälle, bemerkte er im Hinblick auf 16 000 Zuschriften, die bei den Lechleuthners aus ganz Deutschland eingegangen sind, in denen Betroffene zumeist ähnliche Erfahrungswerte wie die Pfaffenhofener Ärzte beisteuern. „Der Fehler liegt da im System – und da braucht es andere Regeln“, so Huber. Aus der Distanz meldete sich am Tag der Anhörung auch Erich Irlstorfer (CSU) zu Wort. „Meinen größten Respekt für das Sammeln von 55 188 Unterschriften“, teilte der CSU-Abgeordnete aus dem Wahlkreis Freising-Pfaffenhofen mit. Auch wenn er einige Argumente der Petition nicht teile, sei ich doch ein Befürworter des Ziels: die Versorgung für Menschen mit Behinderung, vor allem Kinder, zu verbessern. Deshalb stehe Irlstorfer neben dem parlamentarischen Verfahren, das nun startet, für Gespräche mit der Familie Lechleuthner und verschiedenen Akteuren des Gesundheitswesens zur Verfügung. „Hier muss eine einvernehmliche Lösung gefunden werden.“ pat



Die Übergabe der Unterstützerlisten an den Petitionsausschuss des Bundestags ist der bisherige Höhepunkt der Kampagne von Carmen und Thomas Lechleuthner (links), die sich für Reformen im Gesundheitswesen einsetzen. Foto: Ermert

CORONA AKTUELL

■ **Die aktuellen Zahlen:** Im Kreis Pfaffenhofen sind laut Landratsamt seit Mittwoch 15 weitere Personen positiv auf das Coronavirus getestet worden. Im Gegenzug gelten 37 weitere Personen als genesen. Die Zahl der Toten in Zusammenhang mit Covid-19 ist auf 158 gestiegen, nachdem eine über 80-Jährige Person aus der Gemeinde Manching in Zusammenhang mit Covid-19 gestorben ist. Derzeit sind 165 Landkreisbürger infiziert und 763 als Kontaktpersonen in häuslicher Quarantäne. Seit Beginn der Pandemie wurden insgesamt 5554 Landkreisbürger positiv getestet, als geheilt gelten davon 5231. An der Ilmtalklinik in Pfaffenhofen werden gemäß Morgenstatistik aktuell neun bestätigte Coronapatienten behandelt, einer davon muss intensivmedizinisch betreut werden.

■ Die auf 100 000 Einwohner gerechnete **Sieben-Tages-Inzidenz** lag laut RKI zum Mittwoch bei 43,7 und damit erstmals unter der für weitere Lockerungen maßgeblichen 50er Marke.

■ **Die Impfkampagne:** An den Impfzentren in Reisingang und Geisenfeld werden nach wie vor Personen der Priorguppen 1 bis 3 immunisiert. Für Fragen steht die Hotline unter der Nummer (08441) 45 46 108 zur Verfügung. Alle Bürger über 16 Jahren können sich online auf [www.impfzentrum.bayern](http://www.impfzentrum.bayern) für eine Impfung registrieren. Die Priorisierung in den Hausarztpraxen, an denen ebenfalls geimpft wird, ist inzwischen aufgehoben.

■ **Lockerungen bei den Coronamaßnahmen:** Angesichts der stabilen Inzidenz unter 100 treten ab Freitag im Landkreis diverse Lockerungen in Kraft – etwa für den Sport in Gruppen oder Sportveranstaltungen im Freien. Außerdem sind wieder Übernachtungsangebote von Hotels, Beherbergungsbetrieben und Campingplätzen zulässig – auch für touristische Zwecke. In diesem Rahmen sind gastronomische Angebote auch in geschlossenen Räumen sowie Kur-, Therapie- und Wellnessangebote gegenüber Übernachtungsgästen möglich. Voraussetzung ist, dass die Gäste bei der Anreise sowie alle zwei weiteren Tage einen negativen Test vorweisen können. Daneben sind der touristische Bahnverkehr, Reisebusverkehr sowie Stadt- und Gästeführungen, Kultur- und Naturführungen im Freien möglich. Auch hier ist ein Testnachweis erforderlich. Ebenfalls ab Freitag können außerdem musikalische und kulturelle Laien- und Amateurensembles, bei denen ein Zusammenwirken mehrerer Personen erforderlich ist, wieder proben. PK

THEMEN

**GEROLSBACH**  
**Maurer scheitert mit Anträgen**  
UB-Gemeinderat hatte eine Art Baulandmodell erarbeitet. Seite 22

**VEREINSBEILAGE**  
**Wer erläuft sich den Sieg?**  
Die Mitglieder des TSV Jetzendorf messen sich in einer Laufchallenge.

Ein Video der Übergabe finden Sie auf [www.donaukurier.de/video](http://www.donaukurier.de/video)



# Kampf gegen Blockade der Krankenkassen

Für Korbinian: Arztfamilie Lechleuthner startet Petition, um Gesundheitssystem zu verbessern

Von Maggie Zurek

**Niederscheyern** – Die Pflege eines schwerbehinderten Kindes zehrt emotional wie körperlich ohnehin schon stark an den Kräften der Eltern. Viele haben zusätzlich aber auch noch einen weiteren Kampfausstrich: jenen um die Übernahme von Kosten für Hilfsmittel oder Medikamente durch die zuständigen Krankenkassen. Carmen und Thomas Lechleuthner aus Niederscheyern wollen das nicht länger hinnehmen. Die beiden Mediziner haben eine offene Petition gestartet, um die Blockadehaltung bei den Kostenträgern zu durchbrechen.

„Viele Familien mit schwer kranken oder behinderten Kindern erleben belastende Auseinandersetzungen mit den Kostenträgern“, weiß Carmen Lechleuthner aus zahlreichen Gesprächen am Kinderpalliativzentrum in Großhadern, wo sie als Ärztin tätig ist. „Mit abwegigen Argumenten werden Leistungen teils systematisch abgelehnt“, schildert sie ihre Erfahrung. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK), der für Gutachten herangezogen werde, diene oft nur als Begründung der angestrebten Ablehnung, ist die Fachärztin für Anästhesie überzeugt. Besonders verärgert zeigt sie sich darüber, dass „fachärztliche Therapieentscheidungen ausgehebelt, dem Betroffenen vorenthalten oder unnötig verzögert werden“.

Was diese Blockadehaltung bei jenen bewirkt, die ein behindertes Kind betreuen, lässt ein Besuch bei den Lechleuthners erahnen. Der kleine Korbinian sitzt bei seiner Mutter auf dem Schoß, ein warmes Lächeln umspielt die Augen des Dreijährigen. Ein friedliches Stillleben, dessen Lack indes bei genauem Hinsehen Risse bekommt. Papa Thomas hält eine riesige Spritze in der Hand. „Damit geben wir ihm Nahrung, Flüssigkeit und Medikamente über eine PEG-Sonde“, erklärt der Facharzt für Allgemeinmedizin mit einer alleingewessenen Praxis in Wolnzach. Seit Juni muss sein Sohn über diesen Magen-zugang ernährt werden. Grund dafür ist der gestörte Schluckreflex. Korbinian läuft ständig Gefahr sich zu verschlucken.

Korbinians Blick wandert. Seinen Kopf kann er ohne die stützende Hand seiner Mama nicht halten. Warum das so ist, erklärt der Vater mit leiser Stimme. Seine Schilderung hält sich an medizinische Formulierungen: eine Schutzmauer aus nüchternen Fakten. „Korbinian wurde im Januar 2017 als Frühchen geboren, in der 29. Woche, mit 690 Gramm Geburtsgewicht“, sagt er und fügt hinzu, was ihnen wenige Wochen später eröffnet wurde: beidseits im Gehirn Nekrosen – also totes Gewebe, was ausgeprägte motorische Defizite und eine neurogene Dysphagie zur Folge habe: Das ist die Unfähigkeit aus eigener Kraft zu stehen, zu sitzen, den Kopf zu halten und normal zu schlucken. „Hinzu kommt eine Epilepsie, die medikamentös nur bedingt in den Griff zu bekommen ist“, zählt der Papa weiter auf. Im Klartext heißt das: mehrere fokale Anfä-



**Korbinian kuschelt gerne** mit seinen Eltern Thomas und Carmen Lechleuthner – von deren zermürbendem Kampf mit den Kostenträgern ahnt er zum Glück nichts.

Foto: Zurek

le pro Stunde, auch nachts. „Ausreichend Schlaf ist für uns zu einem Wunschtraum geworden“, klinkt sich die Ehefrau wieder ein. Nach dem ersten Schock der Diagnose und einem anfänglichen Wechselbad der Gefühle zwischen dem Nicht-Akzeptieren-Wollen, dem Hadern mit dem Schicksal und der Frage nach der Schuld, könnten sie und ihr Mann mittlerweile emotional mit der Situation leben, meint sie. Der akute Schmerz habe sich gelegt. Geblieben sei die ungebrochene Liebe zu einem Kind, das „trotz aller objektiv vorhandenen De-

fizite aus unserer subjektiven Sicht perfekt ist“. Korbinian, der nur wenige Worte sprechen kann, glückt zufrieden. Als habe er diesen wundervollen Satz ganz genau verstanden.

Auch die sieben, neun und 14 Jahre alten Geschwister haben ihren behinderten Bruder „herzlich aufgenommen und gehen liebevoll mit ihm um“, berichtet die Mutter, die darunter leidet, dass „die Drei einfach immer hintenstehen müssen, auch wenn wir uns alle Mühe geben, ihren Bedürfnissen ebenfalls gerecht zu werden“. Der Alltag, den die sechsköpfige

Familie stets „um das kranke Kind herum basteln“ muss, war und ist immer noch extrem belastend. Jeder Einkauf, jeder Ausflug ist eine Herausforderung. Die Tage sind eng getaktet zwischen Übungen, Ergo-, Logo- und Physiotherapie. Regelmäßig stehen Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte an. Eine immerwährende Überforderung, die sich in den Gesichtern der Eltern spiegelt. Und die, wie Thomas Lechleuthner gesteht, sie beide immer wieder „traurig, verzweifelt und extrem erschöpft“ zurücklässt.

Da ist es umso bitterer, dass die Familie vom ständigen Kampf mit den Kostenträgern zermüht wird, dass sie berechnete Ansprüche für ihr behindertes Kind oft nur mit Hilfe von Rechtsanwältinnen durchsetzen kann. „Am widersinnigsten ist für uns die Tatsache, dass Versorgungsleistungen ausgewiesener Fachleute infrage gestellt werden“, sagt Thomas Lechleuthner. Womit er zum Beispiel die über eine Sonde zu verabreichenden Medikamente meint, die Korbinian braucht, weil er Tabletten nicht schlucken kann. Die Kostenübernahme wurde zunächst verweigert, aber dann – nach Widerspruch

jedoch nur zeitlich begrenzt – genehmigt. „Das heißt: Bald geht für uns der Kampf erneut los“, ergänzt er.

Kürzlich war Korbinian sechs Wochen in einer Spezialklinik in Vogtareuth. Die von den Ärzten verordneten Hilfsmittel wurden von der Krankenkasse allesamt infrage gestellt. Während macht Lechleuthner, dass sich die Kassen bei einer Ablehnung oft auf Gutachten des MDK stützen. „Die teils von völlig fachfremden Medizinern ohne Untersuchung des Kindes rein nach Aktenlage verfasst werden“, sagt er. Nur so lässt sich aus Sicht des 53-Jährigen erklären, dass ein solches Gutachten zu dem Schluss kommt, Korbinian sei „zu gut beieinander“, als dass er für den Besuch des Kindergartens die beantragte Begleitung durch eine Fachkraft brauche – trotz Pflegegrad 5 und 100 Prozent Behinderung.

Auch ein von Experten verordneter Taster zur Anregung der Motorik, der es Korbinian ermöglicht hätte, Licht und Musik selber einzuschalten und ihm so „ein Erlebnis von Selbstbestimmtheit vermittelt hätte, das er sonst nie hat“, sei nicht genehmigt worden. Was die Mutter traurig macht, „weil es zur Förderung der neurologischen Entwicklung eines Kindes bestimmte Zeitfenster gibt, die sich irgendwann schließen.“ Absurd wird es für die 43-Jährige, wenn ein teurer Therapiestuhl für den Kindergarten genehmigt wird, nicht aber die geeigneten Räder. Seit September liege Korbinian deshalb im Kindergarten auf dem Boden.

Mit ihrer Petition hoffen die Lechleuthners, Veränderungen anstoßen zu können. Damit keinem Behinderten mehr Medikamente, Hilfsmittel, Behandlungen und Untersuchungen – im Fall Korbinians ein Gentest, der für den Therapieansatz wichtig wäre – „ohne fachliche Substanz verweigert werden“.

PK

Ein Video zum Beitrag finden Sie auf [www.donaukurier.de](http://www.donaukurier.de)



**Die Schwestern Annelie** (von links) und Emma spielen gern mit ihrem Bruder Korbinian.

Foto: privat

## DIE FORDERUNGEN DER OFFENEN PETITION

Carmen und Thomas Lechleuthner aus Niederscheyern, selbst Mediziner, tragen seit Jahren Kämpfe um Hilfsmittel mit den Kostenträgern aus. Ihre offene Petition „Stoppt die Blockade der Krankenkassen bei der Versorgung schwer behinderter Kinder/Erwachsener“ fand bereits wenige Tage nach Veröffentlichung im Internet Tausende Unterstützer. Die Forderungen lauten:

- keine systematische Infragestellung ärztlich eingeleiteter Therapien oder Verordnungen durch Krankenkassen
- direkte Kostenübernahme

verordneter Hilfsmittel

- **ausnahmslose Kostenübernahme** fachärztlich verordneter Medikamente

- keine fachfremden **Gutachten durch den MDK**

- keine **Gutachten nur nach Aktenlage**

- keine Verzögerung der Therapien durch **lange Bearbeitungszeiten** der Krankenkassen

- **Reform des MDK:** Weil der Medizinische Dienst von Kran-

ken- und Pflegekassen finanziert ist, entsteht ein Interessenskonflikt.

Bislang sind zehn Prozent des notwendigen Quorums von 50 000 Unterschriften erreicht, das die Internetplattform [www.openpetition.de](http://www.openpetition.de) zur Voraussetzung macht, eine Stellungnahme von den Adressaten (Krankenkassen, MDK und Petitionsausschuss des Bundestages) einzufordern. Wer [openpetition.de/!behinderung](http://openpetition.de/!behinderung) in die Suchleiste eingibt, gelangt zur Petition, der Link findet sich zudem im Online-Artikel.

ZUR



Im Landkreis Pfaffenhofen wurden seit Freitagnachmittag 100 weitere Personen positiv auf das Coronavirus getestet, wie das Landratsamt am Montag meldet. Ein 82-jähriger sowie ein 87-jähriger Landkreisbürger, die beide positiv auf das Coronavirus getestet wurden, sind gestorben. Die sogenannte Sieben-Tage-Inzidenz der Neuinfektionen auf 100 000 Einwohner während der vergangenen Woche liegt laut Landesamt für Gesundheit am Montag bei 157,53, laut Robert-Koch-Institut bei 143,5. Die Gesamtzahl der Fälle steigt auf 1612, davon gelten jetzt 86 weitere Personen und somit insgesamt 1279 als geheilt. Die Gesamtzahl der Todesfälle steigt auf 33. Die Zahl der derzeit positiv auf das Coronavirus getesteten Personen liegt laut Landratsamt bei 300, davon leben 96 in der Stadt Pfaffenhofen. 1204 Personen gelten derzeit als Kontaktpersonen und befinden sich deshalb in häuslicher Quarantäne. In der Ilmtalklinik werden gemäß Morgenstatistik zwölf bestätigte Coronaviruspatienten behandelt. Zwei davon werden intensivmedizinisch behandelt und beatmet. Bei sechs Patienten besteht der Verdacht auf eine Coronavirus-Infektion. PK

## Tierkrippe fällt flach

**Pfaffenhofen** – Aus der lebenden Tierkrippe und einem kleinen Wichtelwald auf dem Hauptplatz wird nichts. Nachdem der Pfaffenhofener Christkindmarkt in seiner abgespeckten Version bereits gestrichen wurde, waren zumindest noch solche dekorativen Elemente im Gespräch. Der federführende Verein Lebendige Innenstadt (Igli) hat diese Pläne aber wieder fallenlassen. „Der Antrag wurde coronabedingt zurückgezogen, um Menschenansammlungen vorzubeugen“, bestätigt der städtische Hauptamtsleiter Hans-Dieter Kappelmeier mit Blick auf die geltenden Beschränkungen. „Und derzeit schaut es ja nicht nach einer Lockerung aus – im Gegenteil“, so Kappelmeier mit Blick auf die Ministerpräsidentenkonferenz am Mittwoch.

Wie der Igli-Vorsitzende Fabian Stahl sagt, seien Attraktionen, die Menschen an einen Ort ziehen, in der jetzigen Zeit zu kritisch. „Wir wollen uns lieber mehr auf unsere bisherigen Aktionen konzentrieren und sie digital aufziehen“, so Stahl – vom Weihnachtswichteln der Innenstadtgeschäfte über eine weitläufige Rätseltour durch die Innenstadt hin zum digitalen Adventskalender. Auch die Planungen für ein Candle-Light-Shopping Anfang Dezember laufen – allerdings unter Vorbehalt, dass die dann geltenden Corona-Schutzmaßnahmen es zulassen. mck

## „Nicht jedes Hilfsmittel kann in jeder Situation bezahlt werden“

**Pfaffenhofen** – Das Ehepaar Lechleuthner startete die Petition, weil es Defizite im Gesundheitssystem sieht. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK), der für Gutachten herangezogen werde, diene oft nur als Begründung der angestrebten Ablehnung der Krankenkassen, sagen sie. Die Gutachten würden zudem teils von fachfremden Medizinern ohne Untersuchung des Kindes rein nach Aktenlage verfasst werden. Zu diesen Vorwürfen und der Petition nimmt

der MDK Bayern wie folgt Stellung:

„Für die Gesetzliche Krankenversicherung und die Soziale Pflegeversicherung bringt der MDK Bayern seine kompetente medizin- und pflegfachliche Begutachtungs- und Beratungspraxis ein“, so Astrid Zobel, leitende Ärztin beim MDK Bayern, laut der MDK-Stellungnahme. Die Gutachter handelten unabhängig im Rahmen der gesetzlichen Normen. Insbesondere im Bereich der Hilfsmittelversorgung habe

der Gesetzgeber einen Rahmen für die Versorgung auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung gesetzt, das heißt „nicht jedes Hilfsmittel kann in jeder Situation von den Krankenkassen bezahlt werden“. Dies diene auch dem Schutz der Beitragszahler, so Zobel. „Es ist sicherlich ermüdend für Eltern, wenn ein individuell ausgesuchtes Hilfsmittel nicht im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung enthalten ist“, so Zobel. Es sei aber auch die Zweckmäßig-

keit und Wirtschaftlichkeit zu berücksichtigen.

Die in der Petition angesprochene Kinderversorgung werde in der Regel durch Therapeuten initiiert. Die Verordnung erfolge dann von den behandelnden Ärzten. Die Krankenkasse lege den Antrag meist dem MDK zur Begutachtung vor. Die „erfahrenen und speziell qualifizierten“ MDK-Gutachter prüften die Befundberichte und stellten den Bedarf aus sozialmedizinischer Sicht fest. Wenn die schriftlich vor-

liegenden Informationen nicht ausreichen, würden weitere Informationen eingeholt. Im Einzelfall könne somit eine persönliche Untersuchung notwendig sein, der als Hausbesuch bei der betroffenen Familie vor Ort stattfinde, so Zobel. In dieser Situation würde die Familie auch gleichzeitig über Alternativen beraten, wenn das beantragte Hilfsmittel „in der individuellen Bedarfssituation nicht vom Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung umfasst wird“. PK

## Schnelles Internet früher verfügbar

**Pfaffenhofen** – Gute Nachrichten bei der Breitbanderschließung der Pfaffenhofener Ortsteile: Wie Bürgermeister Thomas Herker (SPD) berichtete, ist für Eja, Eutenhofen, Gittenbach, Kleinreichertshofen, Menzenbach, Seugen und Wolfsberg bereits ab Mitte Dezember schnelles Internet buchbar – und damit fast sieben Monate vor dem eigentlichen Zeitplan der Ausbauarbeiten. Da habe sich, so Herker, die Hartnäckigkeit des städtischen IT-Sachbearbeiters Christian Wilkendorf bezahlt gemacht. mck





Familie Lechleuthner: Mutter Carmen, Vater Thomas, der älteste Sohn Xaver, die Töchter Annelie (2. von rechts) und Emma (links) sowie Korbinian. Fotos: Quirin Leppert

# 19 000 Unterstützer und ein Stuhl als Symbol

Krankenkassen-Petition der Familie Lechleuthner zieht weite Kreise – und ist schon Thema im Bundestag

Von Patrick Ermert

**Niederscheyern** – Korbinians Stuhl ist zum Symbol geworden. Im Kampf von Schwerbehinderten, deren Angehörigen, aber auch von Blinden und Gehörlosen um die Kostenübernahme für dringend benötigte Hilfsmittel durch die Krankenkassen. Der dreijährige Sohn von Carmen und Thomas Lechleuthner aus Niederscheyern kann weder stehen noch seinen Kopf aus eigener Kraft halten. Er läuft ständig Gefahr, sich zu verschlucken, und hat neben motorischen Defiziten eine neurogene Dysphagie diagnostiziert bekommen. Aber der kleine Blondschopf mit dem strahlenden Lächeln ist trotz aller Defizite der Kopf einer Petition geworden, die seit Wochen im ganzen Land für Aufsehen sorgt.

Korbinians Stuhl – es handelt sich natürlich um keinen banalen Wohnzimmersessel, auf dem seine Eltern gerade sitzen, während sie über ihre Erfahrungen der vergangenen Wochen sprechen, sondern um einen Spezialstuhl, den der Kleine braucht, um im Kindergarten aufrecht sitzen zu können – hat es weit gebracht. Erst in unsere Zeitung, dann in viele deutschlandweit agierende Medien, Zeitungen und Onlinemagazine – und zuletzt sogar in den Deutschen Bundestag. Denn die Weigerung der Krankenkasse, Korbinians Stuhl als unverzichtbares Hilfsmittel zu bezahlen, war jener Tropfen, der das Fass der Arztfamilie zum Überlaufen brachte. „Ich habe den ständigen Kampf mit der Krankenkasse und den ablehnenden Gutachten durch den medizinischen Dienst einfach nicht mehr ertragen“, sagt Korbinians Mutter offen. Jetzt habe sie mit der Petition zwar viel Arbeit und neue Aufgaben, die an sie herangetragen werden.

„Aber das ist die Flucht nach vorne, die es gebraucht hat.“

Denn das Feedback, das die Lechleuthners seit sechs Wochen erhalten, ist durchwegs positiv und gibt ihnen die nötige Kraft, den eingeschlagenen Weg immer weiter zu gehen. Tag für Tag nimmt die Zahl ihrer Unterstützer zu – meist um mehrere hundert Unterschriften. Am Montagabend stand der Zähler noch bei 17 900, Dienstagmittag waren es 18 500 – und am Mittwoch hatten sich bereits rund 19 000 Menschen hinter die Forderungen gestellt. „Anfang wollte ich nur ein paar tausend Unterschriften sammeln, um auf diese unsägliche Situation hinzuweisen“, erinnert sich Korbinians Mama sechs Wochen zurück, als sie die offene Petition mit dem Titel „Stoppt die Blockade der Krankenkassen bei der Versorgung schwerst behinderter Kinder/Erwachsener“ startete. Doch in der Zwischenzeit ist viel passiert. Die Zahl von 20 000 Unterschriften ist in greifbare Nähe gerückt. Wer unterschreiben möchte, kommt über diesen QR-Code (links) direkt zur Petition. Außer-



dem haben sich über 5000 Betroffene an die Lechleuthners gewandt. „Mit Erfahrungsberichten, die ähnlich erschreckend sind wie unsere Geschichte“, erzählt sein Papa. Darunter eine Mutter, die ihren schwerbehinderten Sohn seit 30 Jahren pflegt und sogar das Bundesverdienstkreuz dafür erhalten hat. „Vor einigen Jahren hat sie diese Auszeichnung aus freien Stücken zurückgegeben“, erzählt der Allgemeinarzt. „Weil die Krankenkassen bei der Hilfsmittelvergabe immer noch abwei-

sender werden. Und weil der Bundestag im Jahr 2012 von seiner eigenen Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales dazu aufgefordert wurde, an der gängigen Praxis etwas zu ändern – aber trotzdem nichts geschieht. „Sie hat uns geschrieben, dass ihr Leben nicht mehr lebenswert ist“, sagt Thomas Lechleuthner. „Und für solche Menschen kämpfen wir gerne mit.“

Auch viele Blinde und Gehörlose haben sich der Petition angeschlossen. „Die medizinischen Hilfsmitteln sind für sie und ihre Teilhabe an der Gesellschaft extrem wichtig“, weiß Carmen Lechleuthner, selbst Ärztin am Kinderpalliativzentrum in Großhadern. „Sie unterstützen uns, weil wir ihnen eine Stimme geben.“

Wer negative Stimmen, etwa aus dem Kollegenkreis der Lechleuthners, erwartet hatte, sieht sich getäuscht. „Es sind gerade die Ärzte, die Krankenschwestern, Pfleger oder Therapeuten, die uns Mut machen, Kraft geben – und sich hinter uns stellen“, berichtet Carmen Lechleuthner. Ihr Mann erklärt, warum. „Viele Ärzte sind über die gängige Praxis total verärgert“, sagt er. Die Mediziner würden viel Zeit, Kraft, Untersuchungen und Gedanken darauf verwenden, um sich eine passende Therapie zu überlegen – und dann wirft sie der Sachbearbeiter einer Krankenkasse oder ein fachfremder Kollege vom Medizinischen Dienst, „der das gar nicht richtig einordnen kann, der nur die Aktenlage beurteilt, aber den Patienten dahinter nie gesehen hat“, einfach über den Haufen.

Dabei können es laut Carmen Lechleuthner gar nicht die Einsparungen sein, welche die Kassen zu diesem Vorgehen treiben. Die Hilfsmittel, so hat sie erfahren, nehmen von den Gesamtausgaben im Gesundheitswesen

weniger als ein Prozent ein. „Dem würde ich gerne gegenüberstellen, was die vielen Prüfverfahren und Gutachten kosten, mit deren Hilfe die Kosten erstattungen abgelehnt werden“, sagt sie – aber auf eine entsprechende Antwort von den Krankenkassen wartet sie seit Wochen vergeblich.

Mit der lokalen Politik hat die Familie natürlich gleich zu Beginn der Petition den Kontakt gesucht. Mittlerweile hat der Landtagsabgeordnete Karl Straub angekündigt, sich über den Bundestagsabgeordneten Erich Irlstorfer (beide CSU) für die Belange der Schwerstbehinderten einzusetzen. Mit Irlstorfer hat Carmen Lechleuthner bislang nur telefoniert – und hofft jetzt auf positiven Beistand. Auf offene Ohren ist die Familie vor allem bei Corinna Rüffer gestoßen, die für die Grünen als Sprecherin für Behindertenpolitik im Bundestag sitzt. Sie hat Korbinians Stuhl – und damit die ganze Petition – in Deutschlands



Der kleine Korbinian und sein Spezialstuhl sind zu Symbolen einer deutschlandweiten Petition geworden.

höchstem politischen Gremium bekanntgemacht. Für ihren fünfminütigen Redebeitrag erntete sie viel Applaus – und die Politikerin will den Lechleuthners helfen. Deren Forderungen könnten in einen Antrag einfließen, den Rüffer gerade ausarbeitet, um die Teilhabe von Behinderten in Deutschland zu verbessern.

Carmen Lechleuthner hat inzwischen auch schon Kontakt zu einigen Obleuten im Petitionsausschuss hergestellt. Selbst wenn ihre Petition das erforderliche Quorum von 50 000 Unterschriften in den kommenden fünf Wochen nicht erreichen sollte, wird sie ihre Anliegen einreichen – und hofft auf eine Anhörung im Bundestag. „Wenn die Forderung gut begründet ist und sich Zehntausende dahinterstellen, werden wir trotzdem Gehör finden“, hofft sie.

Ans Aufgaben ist für die Lechleuthners nicht mehr zu denken. Sie sind entschlossen, an der gängigen Praxis etwas zu ändern. Ganz im Kleinen haben sie auch schon einen Erfolg gefeiert: Korbinians Stuhl, das Symbol der ganzen Petition, ist nämlich inzwischen genehmigt worden. Das Christkind kann ihn unter dem herrlich geschmückten Baum im Wohnzimmer der Lechleuthners abstellen. Um die Bezahlung kümmert sich vorerst der Bezirk Oberbayern. „Der hat aber schon angekündigt, sich das Geld von der Krankenkasse zurückholen zu wollen“, sagt Thomas Lechleuthner. Könnte sich also etwas hinziehen – und das eine oder andere Gutachten erforderlich machen. Korbinian ist das aber ganz egal. Er muss im Kindergarten nicht mehr auf dem Boden liegen, sondern kann mit den anderen am Tisch sitzen – und seine Augen, die werden strahlen. PK



Im Landkreis Pfaffenhofen wurden seit Dienstag 31 weitere Personen positiv auf das Coronavirus getestet, teilte das Landratsamt am Mittwoch mit. Eine Landkreisbürgerin im Alter von 96 Jahren, die positiv auf das Coronavirus getestet wurde, ist leider verstorben. Die Gesamtzahl der Todesfälle steigt somit auf 71. Das Pfaffenhofener Landratsamt gibt außerdem bekannt, dass die Gesamtzahl der Fälle auf 2730 gestiegen ist. Davon gelten seit Dienstag 34 weitere Personen und somit insgesamt 2137 als geheilt. Die Zahl der derzeit positiv auf das Coronavirus getesteten Personen sinkt somit ein wenig von bislang 526 auf nunmehr 522 Personen. 1106 Landkreisbürger gelten derzeit als Kontaktpersonen und befinden sich deshalb in häuslicher Quarantäne. In der Ilmtalklinik in Pfaffenhofen werden gemäß Morgenstatistik 14 bestätigte Coronaviruspatienten behandelt. Davon werden drei Frauen und Männer intensivmedizinisch behandelt. Bei fünf weiteren Patienten besteht der Verdacht auf eine Coronavirus-Infektion. Die Sieben-Tages-Inzidenz, umgerechnet auf 100 000 Einwohner, liegt laut RKI fast unverändert bei 249,6. PK

ANZEIGE

Ein frohes, friedvolles und gesundes Weihnachtsfest wünscht das Team von TOP-100-OPTIKER 2020/21 optik-fuchs.de



## Geldbeutel gestohlen

**Pfaffenhofen** – Der Schaden ist nicht riesig, aber sicher ärgerlich für den Bestohlenen: Einen Geldbeutel, in dem sich zwar nur 70 Euro, aber auch diverse Karten und ein Ausweis befunden haben, ist am Dienstag zwischen 18 und 19 Uhr aus einem geparkten Auto gestohlen worden. Laut Polizei war der VW Golf in der Pfaffenhofener Jahnstraße abgestellt – und der Geldbeutel lag auf dem Beifahrersitz – leider für alle sichtbar, sodass der unbekannt Tater wohl nicht widerstehen konnte. Allerdings: Wie der Dieb das abgesperrte Fahrzeug öffnen konnte, ist bislang nicht bekannt, da von den Beamten keinerlei Aufbruchspuren gefunden werden konnten. Zeugen werden daher gebeten, sich bei der Polizei unter Telefon (08441) 80 95-0 zu melden. PK

THEMEN

**ILMMÜNSTER**  
**Bürger fordert Tempo 30**  
Thomas Kühne startet eine Online-Petition für Verkehrsregelung. Seite 30

**PFAFFENHOFEN**  
**Blick ins Geschichtsbuch**  
Der Stadtarchivar erklärt die regionalen Wurzeln des Umweltschutzes. Seite 43

## Am Sonntag starten die Corona-Impfungen

Mobile Einsatzteams legen in Alten- und Pflegeheimen los – Landrat Gürtner spricht von „Licht am Ende des Tunnels“

**Pfaffenhofen** – Die Impfungen gegen das Coronavirus beginnen bayernweit am Sonntag, 27. Dezember. Das hat die Staatsregierung in Abstimmung mit der Bundesregierung und den anderen Ländern beschlossen. Der Landkreis Pfaffenhofen hat zu diesem Zweck zwei Impfzentren – am Sperling 4 in Reising und an der Königstraße 13 in Geisenfeld (ehemalige Fieberambulanz) – eingerichtet, die vom BRK-Kreisverband betrieben werden. Zudem werden mobile Impfteams vor allem in den Alten- und Pflegeheimen den Impfstoff an die Senioren und das Personal verabreichen. „Es freut mich, dass wir mit den Impfungen beginnen können. Sie bedeuten Licht am En-

des eines langen Tunnels. Der Impfstoff weckt bei vielen Bürgern berechtigte Hoffnung und Zuversicht“, sagt Landrat Albert Gürtner (FW). Die Mitarbeiter der Impfzentren und der mobilen Impfteams stehen für den Einsatz bereit. „Wir haben hart gearbeitet und alles dafür getan, dass die räumlichen und organisatorischen Voraussetzungen für den Impfstoff gegeben sind“, sagt BRK-Geschäftsführer Herbert Werner.

Mit dem Eintreffen der ersten Impfdosen ist laut Landratsamt am Sonntag zu rechnen. Pfaffenhofen wird über das Verteilzentrum in München beliefert. Da bayernweit 99 Impfzentren einsatzbereit sind, wird der Impfstoff in der Anfangsphase

nur in kleinen Mengen ausgeliefert. Deswegen hat die Bundesregierung eine klare Priorisierung beschlossen, wer zuerst geimpft werden darf. „Bei der Priorisierung geht es nicht um Wertschätzung bestimmter Bevölkerungs- oder Berufsgruppen, sondern um den Schutz jener Gruppen, deren hohe Gefährdung und Verwundbarkeit durch das Coronavirus sich die letzten Monate immer wieder gezeigt hat“, kommentiert Peter Korzinek der ärztliche Leiter der beiden Impfzentren diese Festlegung.

Zur Reihenfolge der Impfungen in den ersten Wochen hat das Landratsamt in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt eine Liste entworfen,

an die sich die Mitarbeiter in den Impfzentren halten müssen. Demnach werden zunächst mit Hilfe der mobilen Impfteams stationäre Einrichtungen wie Senioren- oder Pflegeheime angefahren. „Abhängig von der Anzahl der angelieferten Dosen wird in den ersten Tagen jeweils mit zwei Einrichtungen begonnen“, erläutert Werner. Sollten dort nicht alle Dosen verbraucht werden, sind Beschäftigte am Impfzentrum, beim Rettungsdienst sowie das Klinikpersonal an der Reihe.

Aktuell können noch keine Termine in den Impfzentren angeboten werden – und vor Mitte Januar wird sich daran vermutlich auch nichts ändern. Dennoch ist Stefan Skoruppa,

der Vorsitzende des ärztlichen Kreisverbands und koordinierender Arzt im Landkreis Pfaffenhofen, froh über den Start der Impfungen. Er freut sich, dass sich viele Ärzte freiwillig gemeldet haben, um in den Impfzentren und den mobilen Impfteams zu helfen. „Mein Dank gilt aber auch den ehrenamtlichen Kräften des BRK für ihren wichtigen Beitrag im Kampf gegen die Pandemie.“

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml bezeichnet die Vorbereitung der Impfkampagne als logistischen Kraftakt. Sie dankt den Landkreisen und Städten für die effiziente Unterstützung – und sagt: „Nun treten wir in die entscheidende Phase des Impfens ein.“ PK



## weitere links und bisherige Berichterstattung

Zur Petition:

[openpetition.de/!behinderung](https://openpetition.de/!behinderung)

Bericht in der taz

<https://taz.de/Archiv-Suche/!5773444&s=Petition&SuchRahmen=Print/>

Videos zur Petition mit weiteren Betroffenen:

[https://youtu.be/Elji85a\\_gmA](https://youtu.be/Elji85a_gmA)

<https://youtu.be/UAuDkgHlgCk>

ZDF Beitrag:

<https://www.zdf.de/gesellschaft/menschen-das-magazin/menschen---das-magazin-vom-24-april-2021-100.html>

BR Kontrovers:

<https://youtu.be/1cgRSnyX-AU>

BR: B5 Funkstreifzug

<https://br.de/s/4ys8Jk1>

Focus ONLINE

[https://www.focus.de/perspektiven/arztfamilie-startet-petition-kampf-gegen-die-krankenkasse-es-geht-uns-nicht-um-delfin-therapie\\_id\\_12701832.html](https://www.focus.de/perspektiven/arztfamilie-startet-petition-kampf-gegen-die-krankenkasse-es-geht-uns-nicht-um-delfin-therapie_id_12701832.html)

Rede Corinna Rüffer, MdB im Bundestag

<https://youtu.be/FhICxhba8u8>